

Herforder Zeitung

für Stadt

und Land

Generalanzeiger für Stadt u. Landkreis Herford
Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Druck und Verlag von Fr. Kuhle, Herford.

Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31. — Fernsprecher Nr. 83.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis vierteljährlich 1.50 Mk., bei Postbestellung 1.35 u. Postgebühren.



Regelmäßige unentgeltliche Beilagen:
Herforder Erzähler (täglich), Am Pflug (monatlich zweimal), Haus und Hof (monatlich zweimal), Fabrik und Handwerk (monatlich einmal), Für Jäger und Naturfreunde (monatlich einmal), Mode für Alle (monatlich zweimal).

Preis der einpaltigen Kleinzeile für Stadt und Landkreis Herford, Deinghausen und Amt Rehme 12 Pfg., sonst 18 Pfg.

Nr. 73

Herford, Freitag, den 27. März

1914

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten
einschließlich der Beilage „Herforder Erzähler.“

Tages-Übersicht.

27. März.

Der Kaiser, der noch immer in Venedig weilt, hat den deutschen Gesandten in Rom und den Vertreter des Auswärtigen Amtes empfangen; der hohen Aristokratie der Stadt hat er an Bord der „Hohenzollern“ einen Tee verabreicht.

Der Kronprinz hat eine Generalstabsrundreise angetreten.

Das Prinz Heinrichpaar ist an Bord des „Kap Trafalgar“ in Rio de Janeiro eingetroffen.

Die Reichstagskommission beantragte die Wahl des konservativen Reichstagsabgeordneten Hoesch, des Kreisbesitzes Osterburg-Stendal für ungültig zu erklären; das Plenum nahm den Antrag an.

Kriegsminister von Falkenhayn erklärte in der Militärkommission des Reichstages in Betreff der Änderungen des Militärstrafgesetzbuches die in der zweiten Lesung gefassten Entschlüsse für unannehmbar.

Finanzminister Lenzke sagte im preussischen Abgeordnetenhaus eine Herabsetzung der Steuerzuschläge zu, falls der Wehrbeitrag erhebliche Mehreinnahmen einbringen sollte.

Das japanische Parlament ist bis Ende des Jahres vertagt worden.

In Mexiko ist es bei Torreón zu einer blutigen Schlacht gekommen, in der die Aufständischen besiegt worden sind.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig hat der Spionageprozeß gegen Gaertner u. Rothmann begonnen.

Die Nichtbestätigung des Pfarrers Fuchs-Dortmund.

Die Nachricht, daß die Entscheidung des Oberkirchenrats im Falle des Pfarrers Vic. Fuchs zu ungunsten der Dortmunder Reinaldengemeinde ausgefallen sei, wird von zuständiger Seite für zutreffend erklärt.

Der Bescheid untersucht die Frage, ob Pfarrer Fuchs die Anstellungsfähigkeit eines Pfarrers der preussischen Landeskirche durch das Konsistorium in Westfalen zu Unrecht verweigert worden ist, und stellt fest, daß, da ein Rechtsanspruch auf Uebernahme und Anstellung der Geistlichen nach dem Gesetz nicht besteht, weder der Geistliche noch die Gemeinde über Verletzung eines Rechtes Beschwerde führen könne. Die Nachprüfung durch die oberste Kirchenbehörde Preussens darf sich bestimmungsgemäß nur darauf erstrecken, ob die Entscheidung des zuständigen Konsistoriums in ihren rechtlichen und tatsächlichen Erwägungen dergehalt fehlerhaft ist, daß sie offenbar willkürlich oder gegen den klaren Sachverhalt ergangen wäre. Den in den Eingaben des Presbyteriums der Reinaldengemeinde gegen das Westfälische Konsistorium erhobenen Vorwurf, es hätte gegen den Wortlaut des § 123 des Kirchengesetzes vom 15. August 1899 von der Abhaltung des Kolloquiums mit Pfarrer Vic. Fuchs zu Unrecht Abstand genommen, weist der Bescheid zurück, da das Gesetz wörtlich bestimme, daß „bei dem Uebertritt eines im geistlichen Amte einer anderen deutschen Landeskirche angestellten Geistlichen das Konsistorium durch ein Kolloquium festzustellen hat, daß er für den Dienst der Landeskirche geeignet ist, falls es nicht hierüber anderweitig ausreichend unterrichtet ist.“ Ebenfalls wie ein Verstoß des Westfälischen Konsistoriums gegen den Wortlaut des Gesetzesbestimmung vorliege, habe das Westfäl. Konsistorium gegen den Sinn des Gesetzes verstoßen. Eine ausreichende Kenntnis für die Entscheidung des Konsistoriums, daß Pfarrer Vic. Fuchs nicht geeignet sei für den Dienst der preussischen Landeskirche, habe das Konsistorium schon vor der Abhaltung des Kolloquiums erlangt.

Darauf untersucht die Entscheidung unter dem Gesichtspunkt eines Eingreifens von Aufsichts wegen des Tatbestandes. Es handele sich um die Erklärung heftiger Geistlicher im Falle Jatho, die vom Pfarrer Vic. Fuchs mit unterschrieben war und in der u. a. im Namen des Evangeliums „gegen die Absetzung Jathos protestiert, dem Spruchkollegium „gänzliche Unfähigkeit“ vorgeworfen, die Landeskirche als „eine sich evangelisch nennende“ Kirche bezeichnet wird. Nachdem Pfarrer Vic. Fuchs auf zwei Fragen des Konsistoriums eine klare Antwort gegeben, sei er auf die dritte Frage, „ob er

noch heute auf dem in jener Erklärung befundenen Standpunkt stünde,“ die Antwort schuldig geblieben. Nach dem vorliegenden Sachverhalt habe sich das Konsistorium für ausreichend unterrichtet darüber erachten müssen, daß Pfarrer Fuchs nicht für den Dienst der Landeskirche geeignet sei.

Durch diese Entscheidung, so schreibt ein Mitglied des Presbyteriums der Dortmunder Reinaldengemeinde in der „Dortmunder Bztg.“, wird einem der besten Pfarrer Deutschlands die Tür der größtenteils evangelischen Landeskirche verschlossen. Ein großes Arbeitsfeld wird ihm verlagert, für das er nach seiner bisherigen Wirksamkeit wie geschaffen erscheint. Ein echter Jünger der großen Idealisten am Anfang des vorigen Jahrhunderts, eines Fichte und Schleiermachers, ein Mann der Wissenschaft und des praktischen Wirkens, ausgestattet mit reichem Wissen, tiefem Gemüt, seinem Verständnis für das moderne Geistesleben und bewunderungswürdiger Arbeitskraft, wäre Pfarrer Fuchs gerade der rechte Mann gewesen für eine Großstadt- und Industriegemeinde wie die, die ihn in ihren wahrhaftig nicht leichten Dienst rief.

Das alles war den Kirchenbehörden nicht unbekannt. Der Jahresbericht der letzten Kreis-synode, die Eingaben des Presbyteriums, kirchliche Zeitschriften, wie die von Professor Dr. Kade herausgegebene „Christliche Welt“, zu deren Mitarbeitern früher wenigstens ein hervortragendes Mitglied des Oberkirchenrats zählte, haben darauf hingewiesen. Aber ohne jede Berücksichtigung der wissenschaftlichen Tüchtigkeit und der pfarrentlichen Bewährung wird ein deutscher Pfarrer lediglich wegen einer vereinzelten kirchenpolitischen Kundgebung abgewiesen, die sich gewiß durch eine bemerkenswerte Schärfe auszeichnet, aber unverkenn-

bar eingegeben war von der Sorge um die Religion und die Erhaltung protestantischen Erbgesetzes.

Das Kirchenregiment hat nicht die Hochherzigkeit gehabt, in einer Zeit leidenschaftlicher Erregung gefallene Worte zu vergessen und zu vergeben, die vielleicht für die Träger der Kirchengewalt etwas Kränkendes haben konnten. Es hat die Macht und hat diese Macht eine Gemeinde führen lassen, die in sieben Jahren unter nicht weniger als drei Fällen — Cesar, Traub, Fuchs — schwer gelitten hat und schon allein deshalb auf schonende und rücksichtsvolle Behandlung durch die Kirchenbehörde wahrhaftig allen Anspruch hätte. So empfindet man durchaus auch in den Reihen der sogenannten Mittelpartei. Gerade hier muß es ja besonders lebhaft bedauert werden, daß die oberste Kirchenbehörde die Gelegenheit veräußert hat, ein durch lange und heftige Kämpfe schwer erschüttertes Gemeindeglied in ruhigere und friedlichere Bahnen hinüberzuleiten.

Und es war dem Oberkirchenrat seine Aufgabe so leicht gemacht. So energisch die Reinaldengemeinde um ihr Wahlrecht und den Mann ihres Vertrauens gekämpft hat, peinlich ist in den Eingaben alles vermieden worden, was als Herausforderung erscheinen oder verstimmend wirken konnte. Sie ist in ihrem Kampfe ums Recht unterstützt worden durch das schwerwiegende Gutachten eines der ersten Kirchenrechtslehrer. Geheimrat Kahl hat mit guten Gründen das Verfahren in erster Instanz für unannehmbar mit einer klaren Bestimmung des Kirchengesetzes erklärt. Kein Zweifel, der Oberkirchenrat hätte anders gekonnt! Er hat nicht anders gewollt! Die Leidtragende ist die Reinaldengemeinde, aber nicht sie allein.

Neueste Nachrichten.

Die Abreise des deutschen

Kaisers nach Triest.

Venedig, 27. März. Gestern nachmittag machte der Kaiser einige Besuche in einer ihm vom Sindaco zur Verfügung gestellten Gondel, die von den 4 besten Gondolieren Venedigs gefahren wurde. Nachmittags um 5 Uhr war Lee an Bord der „Hohenzollern“, wozu die Damen der venetianischen Aristokratie und die Gattin und Tochter des deutschen Konsuls Reichsleiter Einladungen erhalten hatten. Die Abfahrt der kaiserlichen Yacht nach Miramare erfolgt heute vormittag 8 Uhr.

Triest, 27. März. Kaiser Wilhelm trifft heute vormittag im Hafen von Triest ein. Der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand wird sich nach der Ankunft des Kaisers an Bord der „Hohenzollern“ begeben. Kaiser Wilhelm wird sodann einen Besuch im Schloß Miramare abstatten, wo vormittags ein Frühstück stattfindet. Athen, 27. März. Die ganze königliche Familie begab sich gestern nach dem Bahnhof, wo sie mit Extrazug nach Korfu ansetzten. König Konstantin wird zum griechischen Nationalfest am 7. Mai von Korfu nach Athen zurückkehren und am Abend desselben Tages in Begleitung des Ministerpräsidenten Venizelos, wieder nach Korfu reisen, da am 9. April Herr von Bethmann-Hollweg in Korfu eintreffen wird. Der Minister des Äußern Dr. Streik wird sich später nach Korfu begeben.

Sozialdemokratischer Sieg

in Vorna-Pegau.

Vorna, 27. März. Bei der gestrigen Reichstagswahl im 14. sächsischen Wahlkreis Vorna-Pegau erhielt v. Liebert (Reichspartei) 12 731 Stimmen und Rißel (Sozialdemokrat) 14 321 Stimmen. Ungültig sind 198 Stimmen. Der Sozialdemokrat Rißel ist somit gewählt. — Bei der Wahl am 17. März wurden abgegeben für von Liebert 8527, für Rißel (natlib.) 6437 und für Rißel 11 995 Stimmen.

Der alte Bergarbeiterverband

ein politischer Verein.

Bochum, 27. März. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich gestern mehrere Mitglieder des Alten (sozialdemokratischen) Bergarbeiterverbandes wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu verantworten. Sie hatten trotz Verbots des Polizeipräsidenten nicht auf Entfernung der Jugendlichen aus ihrem Verein hingewirkt, weshalb An-

klage erhoben wurde. Nach mehrstündiger Verhandlung und Beweisaufnahme kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß man es mit einem politischen Verein zu tun habe, und verurteilte deshalb die Angeklagten zu je 10 Mk. Geldstrafe.

Urteil im Spionageprozeß

Gärtner-Rothmann.

Leipzig, 27. März. Im Spionageprozeß gegen die beiden Berliner Karl Gärtner und Bernhard Rothmann sprach das Reichsgericht gestern in später Abendstunden das Urteil. Gärtner wurde von der Anklage des Verrats militärischer Geheimnisse freigesprochen und nur wegen Unterschlagung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis u. 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Rothmann, der der Begünstigung beschuldigt war, erhielt 6 Monate Gefängnis.

3 Lehrer im Gebirge verunglückt.

Graz, 27. März. Im Nag-Gebiet werden 3 Volksschullehrer aus Mürzzuschlag vermisst, die sich auf einem Ausflug befanden. Man befürchtet, daß sie in einen Schneesturm geraten und umgekommen sind. Eine Rettungsexpedition ist unterwegs.

Ueberschwemmung.

Christiania, 27. März. In Stavanger verschwand eine ganze Straße mit einer Allee von großen Bäumen dadurch, daß der Binnensee Bedeband über seine Ufer trat. Ein Teil der Stadt ist in Gefahr, unter Wasser gesetzt zu werden, ebenso einige Eisenbahnstrecken. Menschenleben sind bisher nicht zu Schaden gekommen.

Eine Mobilmachung in Rumänien.

Bukarest, 27. März. Die Blätter melden, daß Rumänien vor einer neuen Mobilisierung stehe. Das Kriegsministerium hat weitgehende Verfügungen getroffen.

Bejürchtungen erneuerter

Greignisse in Albanien.

Saloniki, 27. März. Seit gestern sind die telegraphischen Verbindungen zwischen Florina und Korika unterbrochen. Man vermutet, daß ernste Ereignisse bevorstehen.

Durazzo, 27. März. Wie verlautet, ist die Regierung nunmehr entschlossen, alle Führer der revolutionären Bewegung und alle Teilnehmer an derselben kriegsgerichtlich aburteilen zu lassen, um binnen kurzer Zeit im Epirus Ruhe und Ordnung zu schaffen und die Rebellion zu unterdrücken.

Herford und Minden-Ravensberg.

27. März.

Eine städtische Oberrealschule.

Der Magistrat hat am 17. März zu der Frage der Oberrealschule erneut Stellung genommen. Das Ergebnis der Beratung ist in dem Protokoll festgelegt, das den Stadtverordneten zugegangen ist und aus dem wir folgendes entnehmen:

Nach sehr eingehenden Besprechungen und Erörterungen wurde endgültig beschlossen, die Realschule unter folgenden Bedingungen zur Oberrealschule auszubauen und mit diesem Ausbau am 1. April 1915 zu beginnen:

1. Anlässlich des Ausbaues der Realschule zur Oberrealschule wird die Landwirtschaftsschule und die Winterschule abgetrennt.

2. Die Landwirtschaftskammer in Münster wird Träger der abgetrennten Landwirtschaftsschule und auch der Winterschule, und zwar unter Zugrundelegung der Voranschläge über die Landwirtschaftsschule in Herford und die Winterschule in Herford für 1915.

Die Stadt Herford stellt für die Landwirtschafts- und Winterschule ein ausreichend und hinlänglich ausgestattetes Schulhaus nebst dem erforderlichen Platz zur Verfügung. Die Kosten dieser Anlagen dürfen den Gesamtbetrag von 120 000 Mk. nicht übersteigen. Sollte später aus irgend welchen Gründen die Landwirtschaftsschule und die Winterschule von Herford nach auswärts verlegt werden, so geht das Schulhaus nebst Schulplatz, wie es steht und liegt in das freie und unbeschränkte Eigentum der Stadt Herford über.

3. Für die Oberrealschule stellt die Stadt ein neues, ausreichend und hinlänglich ausgestattetes Schulhaus nebst Schulplatz zum 1. April 1925 zur Verfügung. Der Höchstbetrag der Kosten dieser Anlagen darf die Summe von 330 000 Mk. nicht übersteigen. Für die Zeit vom 1. April 1905 bis 1. April 1925 wird das Gebäude der jetzigen Landwirtschafts- und Realschule nebst der Turnhalle auf dem Zückerbrücke für Zwecke der Oberrealschule zur Verfügung gestellt.

4. Für das Rechnungsjahr 1915 und später wird städtseitig ein angemessener Zuschuß zu den Kosten der Oberrealschule bei dem Herrn Kultus-Minister beantragt (5000 Mk. 1915, 12 000 Mk. 1916, 18 000 Mk. 1917).

5. Für die Einnahmen und Ausgaben der Oberrealschule der Stadt Herford ist der Voranschlag maßgebend.

6. Für die Oberrealschule ist eine neue den veränderten Verhältnissen Rechnung tragende Satzung zu erlassen, welche insbesondere auch die Bestimmung zu enthalten hat, daß die Wahl des Direktors durch den Magistrat nach Anhörung des Kuratoriums erfolgt.

7. Da es mit Rücksicht auf die steigenden Bedürfnisse der Stadt Herford als ausgeschlossen zu betrachten ist, den Gesamtzuschuß der Stadt für die Oberrealschule (1915: 24 000 Mk., 1916: 28 100 Mk., 1917: 28 700 Mk.) ausschließlich durch eine weitere allgemeine Belastung des Stadthaushaltsplanes ohne erhöhte Festsetzung der kommunalen Zuschläge in Zukunft aufzubringen, sind die Schulgeldsätze an den drei hiesigen höheren Lehranstalten im allgemeinen und insbesondere das Schulgeld für die auswärtigen Schüler und Schülerinnen angemessen zu erhöhen, worüber später noch eine besondere Vorlage erfolgen wird.

Der Geburten-Rückgang in Herford.

Auch in Herford zeigt sich die bedauerliche Erscheinung des Rückgangs der Geburten. Eine Uebersicht über die Bevölkerungsbewegung in den Jahren 1906 bis 1913 weist nämlich folgende Zahlen auf:

	Ge-	Sterbe-	Geburten-	An-	Polizeistatistische
	burten	fälle	überschuß	zu-	Umwandlungen
1906	962	494	468	3629	3460
1907	1005	495	510	3884	3636
1908	1007	519	488	3800	3630
1909	959	478	486	3755	3730
1910	967	462	498	3803	3796
1911	963	478	485	3856	3743
1912	915	522	393	3956	3731
1913	905	425	480	3900	4009

Die Bevölkerungszunahme der Stadt Herford hat hienach ihre Ursache im Geburtenüberschuß. Der Lebenserwartung aus der Zuwanderung ist gering. 1913 sind sogar mehr Personen weg- wie zugezogen. Wie überall im Reich, so sinkt aber die Zahl der Lebendgeborenen immer tiefer. Im letzten Jahre wurden ebenso viele Kinder geboren als im Jahre 1899, als Herford noch 10 000 Einwohner weniger zählte. Ueberaus günstig sind jedoch die Gesundheitsverhältnisse. Diese haben zur Folge, daß die Sterblichkeitsziffer immer mehr zurückgeht. Im letzten Jahre sind 97 Personen weniger gestorben als 1912 und 1913 nicht mehr als 10 Jahre zuvor bei 26 000 Einwohnern. Die Sterblichkeitsziffer bleibt erfreulicher Weise hinter der Durchschnittsziffer des Staates zurück. Und daraus erklärt es sich, daß trotz der niedrigen Geburtenziffer, die noch geringer ist als in Preußen, der Geburtenüberschuß fast durchweg höher ist als im Staate.

r Vogelstrom als Partifal in Dresden. Unser Landsmann Vogelstrom hat in den reichen Kranz seiner Erfolge eine neue Blume eingeflochten. Nachdem er früher schon in Bayreuth den Partifal dargestellt hat, stellte er Mittwoch diese Gestalt auch in Dresden auf die Bühne. Die Hofoper hatte die Aufführung des schwierigen Werkes übernommen. Eine Versammlung köstlicher Stimmen war bewerkstelligt. Während Frau Wälschke v. d. Osten die doppelte Rundern prächtig spielte, hatte Frau Vogelstrom die Rolle des Partifal übernommen. Die Dresdner Nachbarn urteilten über ihn: „Nächst dieser Rundern verdient der von Herrn Vogelstrom schon früher in Bayreuth dargestellte Partifal Bewunderung für seine reiflos befriedigende Darstellung im ersten und dritten Akt; da als ein anderer Jung-Siegfried und dort als völlig in der Aufgabe des Größers und Entföhners aufgehender, beide Male in der Gestalt auch fast das Ideal erfüllender Künstler. Im zweiten Akt wäre vielleicht noch etwas mehr dramatischer Akzent für die Selbstsüchtig-Wendung aufzuwenden. Auch dieser Künstler stand gefanglich auf wundervoller Höhe.“

s Beifallwechsel in der Herforder Industrie. Die umfangreichen Fabrik- und Grundstücks-Anlagen der offenen Handelsgesellschaft König u. Böschke hienach sind jetzt in das Allein-Eigentum des Herrn Josef Böschke übergegangen und zwar gegen eine Barzahlung an die Erben Königs von 580 000 Mark. Dem Herrn Böschke ist der gesamte Grundbesitz, der etwa 30 000 qm groß ist, aufgegeben.

g Der Kameradschaftliche Verein hielt gestern Abend im Bürgerverein eine ordentliche Generalversammlung ab, die vom Vorsitzenden Oberlehrer Gremer durch ein freudig aufgenommenes Kaiserhoch eröffnet wurde. 8 neue Kameraden wurden einstimmig in den Verein aufgenommen. Kamerad Schäfer erstattete den Rechnungsbericht des Vorjahres. Der Bestand der Sterbefälle betrug am 1. Januar 1913 15 300 M und stieg auf 15 992,80 Mark. An die Hinterbliebenen von 6 Kameraden wurde das Sterbegeld ausgezahlt. Der Bestand der Vereinskasse sank von 340 M auf 268 M. Auf Antrag der Revisoren Pilgrim, Sievert und Lühl wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bezüglich der Schließungsveranstaltungen wurde mitgeteilt, daß die Schließungsgesellschaft ihren Scheibenstand an 8 Nachmittagen für 50 M den einzelnen Kompanien überläßt. Kamerad Rosner berichtete sodann eingehend über die geplante Gesellschaftsreise zum Völkerschlagdenkmal bei Leipzig; 371 Kameraden haben sich zur Teilnahme gemeldet. Der Kaiser Wilhelm-Stiftung, die den Kriegsveteranen eine billige Kur in Gastein ermöglicht, wurden 10 M überwiesen. Zum Schluß hielt Herr Diplom-Ingenieur Ulrici einen Lichtbildvortrag über die Herforder Kanalbauten, der von den Kameraden mit großem Interesse verfolgt wurde.

e Volks-Symphoniekonzert. Das Volks-Symphoniekonzert heute Abend wird unter Leitung von Herrn Musikdirektor Gahnbley aus Pilsfeld stattfinden. Er hat sich in liebenswürdiger Weise dazu bereit erklärt, das Konzert zu dirigieren, da Herr Friedrich Duest durch den Trauerfall, der ihn vor wenigen Tagen getroffen, verhindert war. Die letzten Proben zu leiten. Herr Gahnbley wird auch die Solovorträge seines als Solisten mitwirkenden Bruders begleiten.

— Figur 8 Bahn. Ein reges Leben und Treiben herrscht augenblicklich auf dem Lüberbruch. Etwa 75 Monteure sind damit beschäftigt, die ungeländerten Balken, Bretter und sonstigen Bestandteile der Riesenkreiselbahn-Figur 8 Bahn der Firma Hugo Haase A.-G. zu einem Ganzen zusammenzubringen. Bezüglich der Eröffnung der Bahn verweisen wir auf das Inserat in der morgigen Nummer.

— Herforder Weltenbummler oder das Ende des „blauen Montags.“ Glück im Unglück hatten, wie wir in der „Lipp. Tages-Ztg.“ aus Brake unter dem 25. März lesen, in vorechter Nacht die Insassen eines Automobils aus Herford. Ramen da drei Handwerksgehilfen aus Herford, denen wohl für die fröhliche Feier des „blauen Montags“ Herford und dessen nähere Umgebung zu klein war, mit einem Automobil zu einer Spritzfahrt hier an. Jedenfalls hatten sie im Laufe des Tages schon reichlich Alkohol genossen, aber dessen ungeachtet wurde eine fröhliche Kneiperei in einer hiesigen Wirtschaft fortgesetzt. Nach einem tüchtigen Nachschlaf stiegen die „feuchtföhlichen“ Gesellen wieder in ihr Vehikel, um die nun einmal so schön verlaufene blauenmontagsfeier auch noch anderswo im Lippischen zu begehen. Sie fuhrten in der Richtung nach Deimold und kehrten erst in der vierten

Morgenstunde von dort zurück. Bei der Rückkehr auf der Landwehr, dort bei der abschüssigen Wegebiegung konnte das Auto in dem schnellen Tempo, welches es wahrscheinlich eingeschlagen hatte, „den Dreh“ nicht kriegen, sodaß es in dem nächsten Augenblick gegen die Wegebühnung raste. Die drei Weltenbummler flogen in einem Umkreise von einigen Metern aus dem Automobil, ohne dabei außer einigen Hautabschürfungen nennenswerten Schaden zu erleiden. Auch der Chauffeur hat keinerlei Schaden erlitten. Das Ende vom Liede war, es mußte mitten in der Nacht von Brake ein Fuhrmann requiriert werden, der mit seinem Gespanne den Rest des Automobils, welches nur noch auf den Hinterrädern zu transportieren war, holte. Die drei Gesellen sollen gar nicht mehr so lustig gewesen sein, als sie mit dem zertrennten Automobil gegen 8 Uhr in Brake anlangten und dann in den Eisenbahnzug stiegen, um wieder nach Herford zu gelangen. Der „blauenmontagszug“ ins Lippische wird den fahrenden Gesellen vielleicht noch lange in unangenehmer Erinnerung bleiben.

Amt Blotho.

r Exter, 26. März. Am nächsten Sonntag findet auch in unserer Gemeinde die Konfirmation statt. Zur Entlassung kommen 28 Knaben und 17 Mädchen.

r Exter, 26. März. Eine Arbeiter-Versammlung, die hier stattfand und sehr stark besucht war, beschäftigte sich mit der Bewegung bei der Firma Pecher. Gewerkschaftsführer Staats aus Herford legte den Standpunkt der christlichen Gewerkschaften klar. Es handelte sich um eine Aussperrung wegen der Zugehörigkeit zur Organisation, auch sollten Abzüge gemacht werden. Nach dem Vortrag folgte eine lebhafte Diskussion, an der sich auch ein Vertreter der freien Gewerkschaften beteiligte.

Vielefeld, 26. März. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde der Ausbau der Straßenbahn durch die West-Ost-Linie: Poststraße, Bürgerweg, Grabenstraße, Jahnplatz, Wilhelm-, Heeper- und Kaiserstraße nach dem Krankenhaus endlich beschlossen. Die Vorlage ist die Frucht einer fast zweijährigen Werbearbeit in der Presse und dem Stadtverordnetenkollegium und geeignet, den Verkehrsbedürfnissen zweier großer Stadteile Rechnung zu tragen. Betreffs des Anlaufes der Ressource kann man zu keinem Resultat. Nach 14stündiger Erörterung wurde der Vertrag beschlossen.

Rehme, 26. März. Ein bedauerlicher Unglücksfall passierte am Dienstag kurz vor Feierabend auf dem Bahnbauangelegen Rehme-Moskamp. Ein leerer Kippwagen fuhr zu dem Baggerschacht zurück. Die Lokomotive befand sich hinten und schob. Vor den am anderen Ende befindlichen Bremswagen war ein Wasserwagen gestellt. Dieser entgleiste und die Puffer schoben sich auf den Bremswagen. Der Bremswagen konnte nicht so schnell wegspringen und so wurde ihm der rechte Unterschenkel gequetscht. Man schaffte den Verunglückten ins Krankenhaus; das Bein mußte bis zum Knie abgenommen werden. Es handelt sich um den Arbeiter Tölle aus Vabbenhausen.

Aus Nachbarschaft und aller Welt.

Lippische Fürstentümer.

Lemgo, 26. März. Eine Automobilverbindung soll auf Anregung der hiesigen Verkehrscommission zwischen Langenholzhausen, Hohenhausen, Lemgo, Brake und Donop wieder eingeführt werden. Es wird ein Ausschuss zur weiteren Vorbereitung dieser Angelegenheit gebildet, in dem Vertreter der einzelnen Gemeinden vorhanden sein sollen. Die Linie ist glücklich gewählt, da sich die zu befahrende Strecke bei der bisherigen Automobilverbindung gut bewährt hat.

Pilsfeld, 26. März. Fürst Adolf zu Schaumburg-Lippe wird, wie der Hamburger Korrespondent erzählt, mit dem am 14. April von Hamburg abgehenden Doppeldeckerdampfer Portugal der Hamburg-Schleswig-Holsteinischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft nach Lissabon fahren und sich von dort mit dem am 23. April zu erwartenden neuen Dreifachdampfer Cap Trafalgar nach Hamburg zurückbegeben.

Diepholz, 26. März. Die 29 Jahre alte Frau des Maurermeisters Gussmann in Cornau, eine ältere Verwandte derselben und ihr kleines Kind sind von einem Eisenbahnzuge zermalmt worden. Eine Tante der Frau Gussmann — Frau Delling aus Hasted bei Bremen — befand sich in Hildesheim zu Besuch. Am Sonntagabend hatte sie einige Verwandte in Cornau aufgesucht und wurde von Frau Gussmann, die ihr 2½ Jahre altes Töchterchen bei sich hatte, auf eine Strecke Weges begleitet. Die drei überschritten den Bahndamm an einer Stelle, an der das Ueberschreiten des Bahnammes nicht erlaubt ist. In diesem Augenblick nahte ein Güterzug von Dreder. Derselben wichen sie aus und gerieten nun unter den auf dem anderen Gleise herandrängenden D-Zug von Bremen, der um 5.22 Uhr die Stelle passierte. Frau Delling wurde vom D-Zug durchschnitten, auch das Kind wurde sofort getötet. Frau Gussmann vermochte auszusagen, daß sie von dem Zuge nicht überfahren, sondern bei dem Bemühen, ihr Kind vom Gleise fortzuführen, von den Trichterrücken der Wagen getroffen worden sei. Sie hat hierdurch außer inneren Verletzungen Brüche beider Beine und eines Armes erlitten. Der D-Zug hielt sofort durch scharfes Bremsen auf kurze Entfernung von der Unglücksstelle. Die schwer verletzte Frau wurde von Gch. Sanitätsrat Dr. Schwanthum behandelt, verschied aber am Abend um 11 Uhr.

Manne, 26. März. Ein in Hildesheim wohnender 10jähriger Schüler land auf der Straße ein Sprenggeschloß, wahrscheinlich eine Dynamitpatrone. Er begab sich damit in den Stall seiner Eltern und schlug dort mit einem Nagel so lange auf den Sprengkörper los, bis dieser zur Explosion kam. Dabei wurden dem Jungen der Daumen und die vorderen Finger der linken Hand abgerissen. Der Schwerverletzte wurde in das Banner Krankenhaus gebracht, wo ihm wahrscheinlich

nach weitere Teile der Hand abgenommen werden müssen.

Elsfeld, 26. März. Die Tochter des Düssel-dorfer Industriellen Wilden, die Mitte Februar in Elseld den Gerichtsassessor Dr. Kettelbein in dessen Wohnung erschoss, ist gestern aus der Untersuchungshaft entlassen worden, da kein Mordverdacht vorliegt. Nach ihrer Aussage wollte Grl. Wilden sich vor den Augen des Assessors erschießen. Dieser sei ihr in den Arm gefallen und dabei sei ihr tödlicher Schuß losgegangen.

Düsseldorf, 26. März. Ein bei einem Rechtsanwalt beschäftigter 16jähriger Schreiber hatte an eine in der Marienstraße wohnende ältere Dame ein Schreiben gerichtet, in dem sie aufgefordert wurde, ihm an einer näher bezeichneten Stelle des Hofgartens durch das Dienstmädchen 10 000 M übergeben zu lassen. Die Dame benachrichtigte die Polizei und mehrere Beamte fanden sich an der bezeichneten Stelle ein. Bänglich erschien auch der jugendliche Expreßer und ließ sich von dem Mädchen eine schwere Geldrolle — 100 Zweifelmünzen — aushändigen. Gleichzeitig tauchten auch die Beamten auf und nahmen den Jungen fest.

Köln, 26. März. Die Königin von Spanien nahm an der Mittellung des spanischen Hofmarschallamts an. Vorstehenden der Literarischen Gesellschaft in Köln, Beigeordneten Dr. Kauf, das Ehrenpräsidium für die diesjährigen Blumenpiele an, die am 3. Mai im Gürzenich stattfinden. Sie sollen zur Gedächtnisfeier für den Begründer des Hofrats ausgeführt werden, der an diesem Tage seinen 75. Geburtstag gefeiert hätte.

Köln, 26. März. Heute nachmittag starb die 23 Jahre alte Telephonistin Malsbenden aus einem Fenster des zweiten Stockwerkes der elterlichen Wohnung. Sie starb bald nach der Entlassung in das Krankenhaus. Ob ein Unfall oder ein Selbstmord vorliegt, ist nicht festzustellen. Das junge Mädchen soll in letzter Zeit gemütskrank gewesen sein.

Elmsborn, 26. März. Wie die Elmsborner Zeitung meldet, wurde gestern auf der Finneberger Chaussee der Radfahrer, Arbeiter Paul Wiener aus Vangeloh von einem entgegenkommenden Kraftwagen, dessen Steuerung verlagte, gegen einen Chausseebaum gedrückt und getötet. Der Kraftwagen überschlug sich und begrub den Insassen, Galtwirt Gishmann aus Varnfeld. Gishmann wurde so schwer verletzt, daß er ebenfalls starb. Der Wagenführer blieb unverletzt.

Berlin-Weichenje, 26. März. Heute nacht hat sich in einem Hause an der Berliner Allee eine blutige Tragödie abgespielt. Der Instrumentmacher Grande hatte mit einer anderen Frau Beziehungen angeknüpft, worüber er mit seiner Frau in Streit geriet, in dessen Verlauf die Frau auf ihren Mann sechs Revolverkugeln abgab und ihn schwer verletzte. Darauf wollte die Frau sich durch Leuchtgas vergiften, wurde jedoch durch herbeieilende Hausbewohner daran gehindert.

Berlin, 26. März. Das ständige Hochwasserkomitee übermittelte dem Oberpräsidenten von Ostpreußen, von Windheim, für die dortigen, infolge der Hochwasserkatastrophe Notleidenden, außer den bisher überwiesenen Summen weitere 80 000 M.

Brenzlau, 26. März. Gestern Abend wurde vor dem Bahnhof Gahlen ein Wagen des Bädermeisters Groß aus Beenz überfahren und zertrümmert. Die beiden Pferde wurden über 100 Meter weit mitgeschleift; eins geriet unter die Maschine und wurde völlig zermalmt. Auf dem Wagen befand sich außer dem Bädermeister der Viehhändler Schenkel aus Gahlen. Beide wurden im schwerverletzten Zustande im Zuge nach Beenz gebracht, wo sie dem Krankenhaus übergeben wurden. Der Bädermeister erlag bald seinen Verletzungen. An der Unfallstelle befindet sich ein Bahnübergang ohne Schranke.

Münster, 26. März. Der staatliche Weinkontrollant hat bei drei verschiedenen Firmen in Gassenhof zusammen 60 000 Liter Apfelwein beschlagnahmt.

Breslau, 26. März. In Lönban machte sich ein Werber der Fremdenlegion an die Militärschlichtigen heran, die sich zur Stellung einfinden und es gelang ihm, einen von ihnen zu überreden, ihm zu folgen. Der Militärschlichtige, namens Jodel, konnte in Bauen seinen Bruder verpfänden. Der Werber wurde festgenommen und Jodel zur Stellung nach Slogan befördert.

Idunstabala (Russisch-Polen), 26. März. Der Holzkauflmann Jasnowicz, der von Banditen überfallen wurde, wurde, als er die Herausgabe von Geld verweigerte, erschossen.

Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen.

12 Verletzte.
Berlin, 26. März. Heute morgen fand an der Kreuzung der Prinzen- und Gieselerstraße ein schwerer Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen statt, wobei 12 Fahrgäste verletzt wurden, 5 davon schwer. Von den Schwerverletzten wurde der Schikmann Petermann nach Anlegung eines Verbandes mittels Krankenwagens zum Urban-Krankenhaus geschafft.

Berlin, 26. März. Die bei dem Straßenbahnzusammenstoß Verletzten sind nach ärztlicher Untersuchung anscheinend außer Lebensgefahr. Von sechs Schwerverletzten wurden bereits vier in ihre Wohnungen transportiert.

Bei dem Zusammenstoß, der nach den bisherigen Ermittlungen auf das Verfehlen der Brause eines Wagens zurückzuführen ist, wurde der Vorderperson eines Wagens vollständig eingedrückt. Sechs Fahrgäste wurden schwerverletzt im Krankenhaus eingeliefert.

Deutscher Reichstag.

241. Sitzung vom Donnerstag, 26. März.
Am 1. Lische des Bundesrats: Dr. Bischo, Krawitz.
Präsident Dr. Roempff eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Das Staatsnotgesetz wird in dritter Lesung angenommen.

Die Wahl des Abgeordneten von Brederlow (Konf.) wird für gültig erklärt.

Die Wahl des konf. Abg. Giesch.
Der Abgeordnete Giesch (Konf.) erhielt im Wahlkreis Osterburg-Stralau bei der Stichwahl 13 288 Stimmen, sein Gegenkandidat Fuhrmann (N.) 10 995. Die Wahlprüfungscommission stellte fest, daß ein konfessioneller Wahlaufruf von zahlreichen Amtsvorstehern und Gemeindevorstehern mit ihrem Amtstitel unterschrieben worden ist. Die Kommission beschloß, alle konfessionellen Stimmen in den Bezirken dieser Amtspersonen für un-

gültig zu erklären. Es handelt sich insgesamt um 2329 Stimmen. Werden sie dem Gewählten abgezogen, so verliert er die Mehrheit. Die Kommission beantragt daher, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Frommer (Konf.) beantragt Gültigkeit der Wahl.

Abg. Schmidt-Meinen (Zg.) Uns ist es ganz gleichgültig, ob Giesch oder Fuhrmann gewählt wurde. Den Eisenbahnangehörigen wurde die Annahme von sozialdemokratischen Flugblättern und Stimmzetteln bei Strafe der Entlassung verboten. Das ist ein Eingriff in die Wahlfreiheit. Das ist Terrorismus schlimmster Art.

Abg. Stupp (Ztr.) Es steht fest, daß viele Amtspersonen den Wahlaufruf mit ihrem Amtstitel unterzeichnet haben. Die Stimmen der von ihnen beeinflussten Personen müssen für ungültig erklärt werden.

Abg. Pollett (N.) Mit vollem Recht hat die Kommission alle konfessionellen Stimmen dem Gewählten abgezogen, die in den Orten der unterzeichneten Amtsvorsteher abgegeben wurden. Die früheren abweichende Auffassung der Wahlprüfungscommission ist daher aus guten Gründen aufgegeben worden. Gewiß ist die jetzige Praxis hart, aber sie ist allein gerecht.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Völksp.) Für uns ist die Rechtsfrage maßgebend. Im Zweifel zieht man immer die Stimmen dem Gewählten ab. Wir sind für Ungültigkeit der Wahl.

Abg. von Reith (Konf.) Die Männer, die den Wahlaufruf unterschrieben, wußten wohl, was sie taten. Von einer Beeinflussung kann ihnen gegenüber nicht die Rede sein.

Abg. von Bayer (Völksp.) erklärt persönlich, daß er immer noch auf dem Standpunkt seiner früheren Rede stehe. Der Antrag Weßler auf Gültigkeit der Wahl wird mit 176 gegen 149 Stimmen bei neun Stimmenthaltungen abgelehnt. Für die Gültigkeit stimmen mit der Mehrheit und dem Zentrum die Abg. Beder (Nid) und Strad (N.). Der Stimme enthielt sich unter anderem die Abg. Vötter (N.) und Zimmermann (N.). Die Wahl des Abgeordneten Giesch ist also für ungültig erklärt.

Der Duellantrag.
Die Duellcommission legt einen Gesetzentwurf vor, der einen einzigen Paragraphen 208a zum Strafgesetzbuch enthält. Er lautet: Hat der Herausfordernde oder der Angegriffene die Herausforderung oder hat in den Fällen der §§ 205 bis 208 der Täter den Zweikampf freudlich verschuldet, so tritt anstelle der Festungshaft Gefängnisstrafe von gleicher Dauer. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Bischo: Der Reichstag bringt dem Gegenstand lebhaftes Interesse entgegen. Ich bin daher in seinem Auftrag hier erschienen, um über die Wünsche und die Auffassung des Reichstages Mitteilung zu machen. Der vorliegende Gesetzentwurf bringt gegenüber dem bestehenden Recht sehr wesentliche grundsätzliche Änderungen. Bei der Verwertung des vorliegenden Vorschlags darf nicht außer acht gelassen werden, daß dieser Gedanken im Rahmen eines neuen Strafgesetzbuches Verwirklichung finden soll. Für die Stellungnahme zu dem vorliegenden Entwurf kommt es nicht allein darauf an, ob er in das System des jetzt noch geltenden Strafgesetzbuches eingeführt werden kann und ob es angezeigt ist, diesen Punkt aus der allgemeinen Rechtsreform vorwegzunehmen. Die verbündeten Regierungen haben dazu noch keine Stellung nehmen können, und mit Rücksicht darauf muß sich die Reichsleitung zurzeit noch Zurückhaltung auflegen. Der Reichstag ist aber bereit, in dieser Angelegenheit nach dem Abschluß der heutigen Verhandlungen mit den amtlichen Stellen in Verbindung zu treten. (Beifall.)

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, wonach Beamte, die sich duellieren, zur Verweisung öffentlicher Beamter nicht geeignet seien und Offiziere im gleichen Falle aus dem Heere gestochen werden sollen, wird abgelehnt.

Das Haus vertagt sich.
Freitag 12 Uhr: Konkurrenzauflauf, Petitionen. — Schluß 6 Uhr 15 Minuten.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung vom Donnerstag, 26. März.
Am Ministertisch: Dr. Lenz.

Präsident Graf von Schöerlin-Löwis eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Zunächst wird die Novelle zum Fürstentumsgesetz in dritter Lesung unverändert angenommen. — Fortsetzung der zweiten Beratung des

Staats bei der Verwaltung

der direkten Steuern.
Zu den Einnahmen liegt ein Kommissionsantrag vor, der die Ausführungsbestimmungen des Ergänzungsteuergesetzes vom 1. April 1909 bezüglich Schätzung des Ertragswertes bei dauernd land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienenden Grundstücken in Uebereinstimmung bringen will mit dem Gesetz über den einmaligen außerordentlichen Mehrbeitrag und den Ausführungsbestimmungen; diese Bestimmungen sollen der Veranlagung der Ergänzungsteuer für die Jahre 1914 bis 1916 zugrunde gelegt werden.

Es folgt zunächst eine allgemeine Besprechung.
Abg. von Hennigs-Lachin (Konf.) Wir können ziemlich sicher mit einer jährlichen Zunahme der direkten Steuern von 5 Prozent rechnen. Erfreulicherweise hat sich auch die Lage der niedrig besteuerten Klassen verbessert. Wir find entschlossen dagegen, direkte Steuern auch im Reich zu erheben, diese müssen vielmehr den Einzelstaaten verbleiben. Die Angriffe, die Großgrundbesitzer hinterzogen Steuern, weisen wir als ungerecht zurück.

Finanzminister Dr. Lenz:
Es ist zurzeit unmöglich, die Steuerzuschläge herabzusetzen oder sie ganz aufzuheben, denn jegliche Aussicht fehlt, den notwendig sich erweisenden Mehrbedarf anders auszubringen. Es trifft nicht zu, daß die Steuerzuschläge nur vorübergehender Natur sein sollten, nur die Höheform sollte vorübergehend sein. Bei der Beratung des Eisenbahngesetzes hat sich ergeben, daß zurzeit aus den Eisenbahnerträgen die Zuschläge nicht entbehrlich gemacht werden können. Ob alle Hoffnungen, welche die Öffentlichkeit an die Wirkung des Generalparabols geknüpft hat, sich verwirklichen werden, steht noch dahin. Die Regierung muß also bei der Aufstellung des Staats-

an den alten. rung der Ausg. an Einkommen worden. Ich eine Steuernom dem im vergo vorgelegte Nov Durch das W nachsteuergeset Aussicht, daß i kann. Die E schaft geworde leistet werden, richtig! (Links) scheidens der V Verhältnisse nicht zugebe ten andersfä ssende, der V kommissar fan und zwar ger gut! (Links) s schaft zu wisse, we stehen.

Abg. Herol zuschläge zu Auch wir wu erfährt werden Verhältnisse f Kommissare, d

Abg. von sagt, daß nu sprechlich arb Vorwurf geg können die K noch größerer den sollte, f dies würde e deuten, die R Regierung, d läßt, sonder rungen ein f eine starke R

Abg. Dr. je in einer Jahre. Man Reiche gebüh ten). Meine kommissare n Landräte ge schaft in Pre den nur 38 fies der Edle wieviel stille man an die halmisse mit ter geben. missare habe vorlage und

Es sollen auf fol öffentlich me werden: 1. Donn April, vor Saus M. 1. Bracke i. L. born. 10½ 2. Freita vorn. 10½ 3. Sonn April vor Saus M. 1. in Schwe 10½, 11½ v. Schweidm. Die Bedin den Vermine Der forl Adnigl. Bau Gut erba Uten und abzugeben.

Es sollen auf fol öffentlich me werden: 1. Donn April, vor Saus M. 1. Bracke i. L. born. 10½ 2. Freita vorn. 10½ 3. Sonn April vor Saus M. 1. in Schwe 10½, 11½ v. Schweidm. Die Bedin den Vermine Der forl Adnigl. Bau Gut erba Uten und abzugeben.

Es sollen auf fol öffentlich me werden: 1. Donn April, vor Saus M. 1. Bracke i. L. born. 10½ 2. Freita vorn. 10½ 3. Sonn April vor Saus M. 1. in Schwe 10½, 11½ v. Schweidm. Die Bedin den Vermine Der forl Adnigl. Bau Gut erba Uten und abzugeben.

Es sollen auf fol öffentlich me werden: 1. Donn April, vor Saus M. 1. Bracke i. L. born. 10½ 2. Freita vorn. 10½ 3. Sonn April vor Saus M. 1. in Schwe 10½, 11½ v. Schweidm. Die Bedin den Vermine Der forl Adnigl. Bau Gut erba Uten und abzugeben.

Es sollen auf fol öffentlich me werden: 1. Donn April, vor Saus M. 1. Bracke i. L. born. 10½ 2. Freita vorn. 10½ 3. Sonn April vor Saus M. 1. in Schwe 10½, 11½ v. Schweidm. Die Bedin den Vermine Der forl Adnigl. Bau Gut erba Uten und abzugeben.

Es sollen auf fol öffentlich me werden: 1. Donn April, vor Saus M. 1. Bracke i. L. born. 10½ 2. Freita vorn. 10½ 3. Sonn April vor Saus M. 1. in Schwe 10½, 11½ v. Schweidm. Die Bedin den Vermine Der forl Adnigl. Bau Gut erba Uten und abzugeben.

Es sollen auf fol öffentlich me werden: 1. Donn April, vor Saus M. 1. Bracke i. L. born. 10½ 2. Freita vorn. 10½ 3. Sonn April vor Saus M. 1. in Schwe 10½, 11½ v. Schweidm. Die Bedin den Vermine Der forl Adnigl. Bau Gut erba Uten und abzugeben.

Es sollen auf fol öffentlich me werden: 1. Donn April, vor Saus M. 1. Bracke i. L. born. 10½ 2. Freita vorn. 10½ 3. Sonn April vor Saus M. 1. in Schwe 10½, 11½ v. Schweidm. Die Bedin den Vermine Der forl Adnigl. Bau Gut erba Uten und abzugeben.

Es sollen auf fol öffentlich me werden: 1. Donn April, vor Saus M. 1. Bracke i. L. born. 10½ 2. Freita vorn. 10½ 3. Sonn April vor Saus M. 1. in Schwe 10½, 11½ v. Schweidm. Die Bedin den Vermine Der forl Adnigl. Bau Gut erba Uten und abzugeben.

um 2329
geogen, so
n beantragt
tigkeit der
ganz gleich-
wurde. Den
von sozial-
in bei Strafe
griff in die
nfter Art.
le Antspen-
unterzeich-
beeinflussten
n.
at die Kom-
ewählten ab-
n Antsdor-
schende Auf-
her aus gut-
die jetzige
uns ist die
man immer
für Unglück-
e den Wahl-
taten. Von
die Rede
lich, daß er
hören Rede
t der Wahl-
n Stimment-
nimmten mit
eder (wird)
ich unter an-
mann (Hl.)
für ungünstig
entwurf vor,
Strafgeset-
dernde oder
hat in den
n Zweifels-
festungshaft
der Gefäng-
n Ehrenrechte
isco: Der
partes Inter-
aufträge hier
auffassung des
liegende Ge-
nen Recht sehr
der Verwer-
t außer acht
nahmen eines
en soll. Für
thouf kommt
stent des jetz
werden kann
der allgemei-
die verbünde-
lung nehmen
y die Reichs-
legen. Der
Angelegenheit
ngen mit den
n. (Beifall).
weiter Befug-
trag, wonach
g öffentlicher
im gleichen
ien, wird ab-
Petitionen. —
tag.
März.
eröffnet die
erziehung-
genommen. —
i Steuern.
nsatzttag vor,
änzungsförde-
ung des St-
irtschaftlichen
ereinstimmung
atigen außer-
erungsbestim-
Veranlagung
bis 1916 zu-
rechnung.
können ziem-
der direkten
icherweise hat
Zensiten ver-
rekte Steuern
vielmehr den
ie Großgrund-
als ungerecht

an den alten Erfahrungssätzen hinsichtlich der Steigerung der Ausgaben festhalten. Daraufhin ist das Mehr an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer eingestellt worden. Ich bin auch außerstande, für die nächste Zeit eine Steuervorlage dem Hause wieder vorzulegen, nachdem im vergangenen und vorvergangenen Jahre die vorgelegte Novelle nicht zur Verabschiedung gelangt ist. Durch das Wechseltragsgesetz und das Vermögenszuwachssteuergesetz haben wir allerdings die begründete Aussicht, daß die Veranlagung in Zukunft gerechter sein kann. Die Steuereinsparung ist eine wahre Wissenschaft geworden und kann nur von einem Beamten geleistet werden, der wissenschaftlich gebildet ist. (Sehr richtig! links). Seine ganze Aufgabe führt den Vor- sichten der Veranlagungskommission tief hinein in die Verhältnisse von Land und Leuten, und ich kann deshalb nicht zugeben, daß ein staatlicher Kommissar den Zensiten anders gegenübersteht als der nebenamtliche Vor- sichten, der Landrat. Gerade der hauptamtliche Steuer- kommissar kann die Verhältnisse individuell beurteilen, und zwar gerade so liebevoll wie der Landrat. (Sehr gut! links). Ich bedaure, jede Verantwortung abgeben zu müssen, wenn Sie auf Ablehnung der Kommission be- stehen.

Hg. Herold (Str.): Wir sind nicht dafür, die Steuer- zuschläge zu einer dauernden Institution zu gestalten. Auch wir wünschen, daß die Einkommen möglichst genau erfasst werden, meinen aber, daß die Landräte, die die Verhältnisse kennen, dies besser tun können als besondere Kommissare, die immer einseitig arbeiten werden.

Hg. von Kardorff (Freif.): Wenn die Regierung sagt, daß nur steuerlich vorgebildete Beamte er- pferlich arbeiten könnten, so ist das doch ein schwerer Vorwurf gegen die mittleren Beamten. Alles allein können die Landräte auch nicht machen. Wenn man in noch größerem Umfange eigene Steuerkommissare for- den sollte, so würden wir die kaum bewilligen, denn dies würde eine völlige Ausschaltung der Landräte an- deuten, die wir durchaus nicht billigen. Ich bitte die Regierung, daß sie sich nicht von den Parteien treiben läßt, sondern allen weitergehenden finanziellen Forde- rungen ein starkes Nein entgegenstellt. Preußen braucht eine starke Regierung und einen starken Finanzminister.

Hg. Dr. von Campe (Hl.): Unser Reich war kaum je in einer gefährlicheren Situation als im vorigen Jahre. Man hat dem Reiche das gegeben, was dem Reiche gebührte. (Sehr richtig! bei den Nationallibera- len). Keine Freunde werden in der Frage der Steuer- kommissare nicht von irgendeiner Antisozialität gegen die Landräte getragen. Nicht 46 Prozent der Einkommen- schaft in Preußen unterliegt der Steuerpflicht nicht, son- dern nur 38 Prozent. Es wäre eine Aufgabe, das Schwei- kes der Eiden wert, den Etat daraufhin durchzuarbeiten, wieviel stille Reserven darin liegen. Erst dann wird man an die Steuerreform herantreten können. Die Ver- hältnisse mit den Steuerzuschlägen können nicht so wei- ter gehen. Bezüglich der hauptamtlichen Steuerkom- missare haben wir Wiederherstellung der Regierungsvor- lage und namentliche Abstimmung beantragt, da wir

dieser Sache eine prinzipielle Bedeutung beilegen. Die Statistik der Regierung ist vollkommen einleuchtend. Bei Dortmund-Land hat sich ein Plus von 20,7 und 21,1 Prozent ergeben. An diesen Zahlen kann man nicht blinden Auges vorübergehen. Man muß dafür sorgen, daß dem Staate wird, was ihm tatsächlich zutritt. (Zustimmung links). Man sagt, der Landrat sei die geeignete Persönlichkeit zur Vornahme der Steuereins- schätzung. Ich habe den Eindruck, Steuern einschätzen sollte nur jemand, der richterliche Qualität und richter- liche Unparteilichkeit besitzt.

Hg. Dr. Pachnide (Volksp.):
Die Steuerzuschläge sind niemals von dem Hause als dauernde Einrichtung angesehen worden. Die Städte sind in steuerlicher Beziehung die stärkste Stütze des Staates. Sie bringen weit mehr auf als das Land. Die Veranlagung muß gerecht sein. Durch die Tätigkeit der Landräte ist das nicht möglich. Für den Weiten wollen die Konservativen den Steuerkommissar auch, nur nicht für den Osten. Auch der Steuerkommissar wird sich einarbeiten und die Verhältnisse kennen lernen. Die Konservativen wollen eben nur die Macht der Land- räte stärken. Herr von Kardorff rief nach einer starken Regierung, in demselben Augenblick, als er selbst die Regierung brechen wollte. Wenn dieses Haus keine Mehrheit stellen sollte für eine gerechte Steuerpolitik, wie sie die Regierung will, dann wird man im Lande nach einer anderen Zusammensetzung des Hauses rufen. (Beifall! Beifall links).

Hg. Strödel (Soz.): Die großen Vermögen sind weit höher gestiegen als die kleinen. Selbst der „Reichsbote“ brachte Beispiele von der agrarischen Steuerheben. Da können wir den Resolutionen der Bundestagkommission nicht zustimmen. Wir werden aber für den national- liberalen Antrag stimmen, der für die Steuerveranlag- ung besonders vorgebildete Beamte verlangt. Wir wol- len, daß den Landräten die Steuerveranlagung über- haupt genommen wird. Wir verlangen ferner, daß alle Einkommen unter 1200 M. von der Einkommensteuer be- freit sind. Für den Antrag Jedlig und Kardorff können wir nur stimmen, wenn die Bezugnahme auf die Vorteile der Erleichterung der vorigen Steuervorlage ge- strichen wird. Die Steuerzuschläge der niedrigen Klas- sen wollen auch wir aufheben, die der höheren müssen aber beibehalten werden.

Das Haus verlegt sich.
Freitag 10 Uhr: Weiterberatung, außerdem kleine Staats, Wahlprüfungen, Petitionen. — Schluß 5 Uhr.

mens vom 21. Dezember 1913 sich bewegen, wurden be- kanntlich von den Kassenswerten nur vorbehaltlich der Zustimmung des Verbandes anerkannt. Die Verbands- versammlung trat gestern in später Nachtstunde diesen Beschlüssen bei, so daß nimmere der Friebe zwischen den Breslauer Ärzten und den Ortskrankenkassen als wie- derhergestellt gelten kann. Eine Hauptschwierigkeit be- trof die Kostendeckung für die abzufindenden Ärzte. Jede Kasse wird für diesen Zweck pro Mitglied und Jahr 5 Pfennig, die Ärzte werden 10 Pfennig pro Mitglied und Jahr zu leisten haben. Außer den früheren 70 Ärzten sollen noch 30 Kassenzurückhinzutreten, so daß die Zahl der Kassenzurückhinzutreten, so daß die Erhöhung des Honorars an die Ärzte ist ebenfalls fan- tioniert worden. Die Kassen zahlen pro Kopf und Jahr 5 M für die kassenärztliche Behandlung an den Verband. Die meisten der früheren Kassenzurückhinzutreten werden voraus- sichtlich ihre kassenärztliche Praxis wieder aufnehmen. Das Abkommen tritt am 1. April in Kraft.

Neugierig darf man nimmere sein, wie sich die Ver- hältnisse in Elbing gestalten werden.

Wittenberg, 26. März. Nach monatlangen Verhand- lungen ist zwischen der Allgemeinen Ortskrankenkasse und den Ärzten ein für beide Teile befriedigendes Abkom- men auf die Dauer von 6 Jahren abgeschlossen worden.

Kursbericht		mitgeteilt von der	
Westfälisch-Lippischen Vereinsbank		Aktiengesellschaft, Herford	
		25. März	26. März
4 % Deutsche Reichs-Anl.	98.90	98.90	
3 1/2 % dto.	86.20	86.50	
3 % dto.	77.80	78.30	
4 % Preussische Konfos	98.90	98.90	
3 1/2 % dto.	86.20	86.40	
3 % dto.	77.70	78.20	
4 % Bielefelder Stadt-Anl.	96.—	96.—	
4 % Herforder Stadt-Anl.	87.—	87.—	
3 1/2 % dto.	93.80	93.80	
4 % Mindener Stadt-Anl.	—	—	
3 1/2 % dto.	97.—	97.—	
4 % Rheinprovinz-Anl. Ausg. 85/88	95.60	95.60	
4 % Westfäl. Prov.-Anl. III	100.10	100.—	
4 1/2 % Berliner Hyp.-Bank-Pfandbr. unt. 1918	94.25	94.25	
4 1/2 % Deutsche " " " " 1923	101.75	101.75	
4 1/2 % " " " " " 1920	94.60	94.60	
4 % Hamburger " " " " 1918	95.50	95.50	
4 % Hannoversche Boden-Cred.-Bank-Pfandbr. unt. 1918	94.50	94.50	
4 % Meiningen Hyp.-Bank-Pfandbr. unt. 1921	95.40	95.40	
4 % Preuss. Pfandbr.-Bank-Pfandbr. unt. 1920	95.10	95.—	
4 % Rhein. Westf. Boden-Cred.-Bank-Pfandbr. unt. 1922	95.50	95.50	
5 % Humboldt Maschinen-Dbl.	99.75	99.75	
5 % Allgem. Elek. Ges.-Dbl. unt. 1923	101.50	101.50	
Barmer Bank-Anst.	115.90	115.90	
Darmstädter Bank	123.0	123.—	
Deutsche Bank-Anst.	259.50	259.75	
Disconto-Commandit-Anst.	197.10	197.10	
Dresdner Bank-Anst.	158.50	158.75	
Ösnabrücker Bank-Anst.	124.25	124.25	
Rhein. Westf. Disconto-Gesellschaft-Anst.	111.—	111.10	
Al. Schaaffhausen'scher Bankverein	140.40	140.90	
Westfälisch-Lippische Vereinsbank-Anst.	102.90	102.75	
Hamburg Amer. Paketfahrt-Anst.	104.50	104.50	
Hansa-Dampfschiffahrt-Anst.	286.75	285.60	
Norddeutscher Lloyd-Anst.	124.00	123.—	
Allgem. Elek. Ges.-Anst.	242.50	247.—	
Gesellschaft für elektr. Untern.-Anst.	171.90	171.25	
Große Berliner Straßenbahn-Anst.	157.80	159.75	
Anfwerter Hengstenberg Bielefeld	118.—	118.—	
Canada-Pacific-Anst.	211.30	211.40	
Dürrkop-Werke Bielefeld	317.—	314.—	
J. Eschbach & Co. Herford	161.—	160.75	
Gelsenkirchener Bergw.-Anst.	193.90	194.—	
Glückauf & Co. Bielefeld	144.50	144.—	
Gundlach, A.-G., Bielefeld	106.75	106.75	
Sarpener Bergbau-Anst.	182.50	183.20	
Koch, Nähmaschinen, Bielefeld	238.75	238.50	
Phönix-Bergwerk	193.—	193.25	
Reichsbank-Disconto 4 %			
Reichsbank-Bombardatenfuß 5 %			

Vorausfühlliches Wetter.
Etwas kälteres, vorwiegend trübes Wetter mit östlichen Winden und verbreiteten leichten Niederschlägen.



Auch färbt das Gelb vom Ei
dass schon die Butter sei!

Siegerin
allerfeinste Süßrahm-Margarine
im Geschmack und Aroma der
Molkereibutter am nächsten.
Überall erhältlich.
Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.



Das Huhn ist auch dabei
es liefert ja das Ei!

Palmato
Pflanzenbutter-Margarine
von größter Butterähnlichkeit
und feinstem Nussgeschmack.
Überall erhältlich.
Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.



Lichtspielhaus Wittekind
Nur noch heute:
Schuldig
Drama
in 5 Akten v. Rich. Voss u.
**Entscheidungs-
Ringkampf**
zwischen dem
Holsteiner-Schlachtermann
Fred Marcussen
und
Jack Johnson.
Hierzu, soeben eingetroffen:
Die neuesten Ereignisse in
aller Welt
Carnevalszug in Barcelona
etc. etc.

Am Sonntag, 29. März
Großes Frühlingstfest
(Musik Dängel)
W. Spilker,
Bielefeldbergr.

Variété u. Konzerthaus „Jägerhof“
Täglich:
**Variété- u. Karbarott-
Vorstellung**
Musik! Gesang! Tanz!
Wochentags Eintritt frei!

Lüchtiger Malergehilfe
ge sucht.
Hempelmann & Kemmert
Leopoldstraße.

3 Mt. hündl. Berdient d. Ver-
trieb m. bew. Spezialartikel,
Neuheiten u. Patentlager
leicht zu verd. „Anst. gratis.“
O. Pötters, Düsseldorf 93

Sausdiener
ge sucht.
Rosenbaum & Co.
Alter Markt.

Kräftige Arbeiter
für lohnende Beschäftigung in
unserer Düngersfabrik sofort ge-
sucht.
H. Stodiek & Co. A. G.
Löhne i. W.

Suchen per sofort einen
Lehrling
für das Kontor.
Brünger & Nürge.
Jünger Mann, mit Ein-
jährigenzeugnis sucht
Lehrlingstelle
in einem Fabrik- oder Engros-
geschäft. Weil. Zuschriften er-
bittet **Emil Blum, Detmold,**
Bahnhofstraße.

Mehrere Mädchen oder
Frauen sucht per sofort bei
hohen Lohn.
Westfälische Sachzentrale
Büderstraße 83.
Umständehalber ein gebrauchter
Gasofen
zu verkaufen.
Augustastr. 6, part.

Maschinennäherin
sucht
Frau Auguste Moll
Waisenhausstr. 2.
Gesucht zum 1. Oktober eine
Wohnung
von 5 Zimmern mit Zubehör
in der Nähe des Rheintors.
Angebote zu richten an
Gustav Marmelstein
Almstraße 6.

Frl. Wohnung
4-5 Zimmer, Küche und Zu-
behör zum 1. April od. 1. Mai
zu mieten gesucht. Lage in der
Nähe des Lehrerseminars be-
vorzugt. Off. u. E. R. 50 an
der Geschäftsstelle d. Blattes.

Einfach möbl. Zimmer
zu vermieten an jung. Mädchen
oder ältere Frau. Zu erfragen
J. Ruchewitz
Gehrenberg 25.

2 gut möbl. Zimmer
(Wohn- und Schlafzimmer) in
ruhigem Hause per 1. April
zu vermieten.
Zu erfragen bei
J. Ruchewitz
Gehrenberg 25, im Laden.

bürgerliches Logis
nebst Koch-, Peterstischstr. 6
Dahlefeldt sind auch 2 hübsch
möbl. Zimmer mit Morgen-
tasse zu vermieten.

Mehrere Stücke Land
an der Werrestraße (Wester-
holz'sche Grundstücke) zu verm.
A. Strahmeier, Eimterstr.
Teilmantelsvollstrecker.

Hochfeinen
Saathajer
empfehlen
F. W. Bergen Nachf.
Wunder von Amerika
die feinsten, niedrigsten u. besten
Freib.-Marken, Höhe 20 cm,
sowie kleinste Gärten,
Feld-, Gras- u. Blumen-
Sämereien empfiehlt billigt
Heinrich Nolting,
Samenhandlung, Rennstraße.

Sortenechte
Sämereien.
Kein Fälschungsverkauf, da jedes
Quantum frisch eingewogen
wird, billigt bei
H. Gieseler, Bergedorf.

Bekanntmachung.
Die Dienstboten- und Haus-
arbeiten für die städtischen Büros
soll für das Rechnungsjahr 1914
vergeben werden.
Die näheren Bedingungen sind
auf Zimmer Nr. 7 des Rathhauses
3 zu erfahren.
Meldungen werden bis zum
5. April d. J. entgegengenommen.
Herford, 24. März 1914.
Der Magistrat.

Ein fast neues
Vertikow
sowie Garderobekäfer
billig zu verkaufen. Zu erfragen
in der Exped. d. Blattes.

Rosen!!
Für jegigen Pflanzzeit empfehle:
Hochstämmige Rosen
in nur allerbesten Sorten.
Niedrige Rosen
in großer Auswahl.
Schlingrosen
— in allen Farben. —
W. Breder Gärtnerei,
u. d. Linden.

Koche - Brate - Backe
im
Oekonom
ohne Feuer-ohne Aufsicht
Alleinverkauf
Gebr. Landmann

Zentral - Automat
Alter Markt 6.
Täglich KONZERT
der Damenkapelle „Nordstern“
Hochfeines Bier-Restaurant.
Anerkannt feinste Küche.
Spezialität Kulmbacher Ritzbräu.

Achtung! Achtung!
Sonntag:
Groß. Ball.
Es laden ein
Sieverling & Lange.

Vereinigung ehem. 74er
für
Herford u. Umgegend
Sonnabend, d. 28. März
1913, 9 Uhr im Bürgerverein
Monatsversammlung
Tagesordnung:
1) Festsetzung der Statuten.
2) Beratung über die Ein-
richtung von Schiedsgerichten.
3) Festsetzung des Sommer-
programms.
4) Beschließend.
5) Mittwortsessen.
Die Wichtigkeit der Punkte
1 und 2 der Tagesordnung
macht vollständiges und pünk-
tliches Erscheinen erforderlich.
Die bereits gestifteten und
noch zu stiftenden Mittworts-
essen sind möglichst bis Freitag
Abend bei Herrn Aigbauer,
Bürgerverein wohnortspad ab-
zugeben.
Der Vorstand.

2 Mt. hündl. Berdient d. Ver-
trieb m. bew. Spezialartikel,
Neuheiten u. Patentlager
leicht zu verd. „Anst. gratis.“
O. Pötters, Düsseldorf 93

Sausdiener
ge sucht.
Rosenbaum & Co.
Alter Markt.

Kräftige Arbeiter
für lohnende Beschäftigung in
unserer Düngersfabrik sofort ge-
sucht.
H. Stodiek & Co. A. G.
Löhne i. W.

Suchen per sofort einen
Lehrling
für das Kontor.
Brünger & Nürge.
Jünger Mann, mit Ein-
jährigenzeugnis sucht
Lehrlingstelle
in einem Fabrik- oder Engros-
geschäft. Weil. Zuschriften er-
bittet **Emil Blum, Detmold,**
Bahnhofstraße.

Mehrere Mädchen oder
Frauen sucht per sofort bei
hohen Lohn.
Westfälische Sachzentrale
Büderstraße 83.
Umständehalber ein gebrauchter
Gasofen
zu verkaufen.
Augustastr. 6, part.

Maschinennäherin
sucht
Frau Auguste Moll
Waisenhausstr. 2.
Gesucht zum 1. Oktober eine
Wohnung
von 5 Zimmern mit Zubehör
in der Nähe des Rheintors.
Angebote zu richten an
Gustav Marmelstein
Almstraße 6.

Frl. Wohnung
4-5 Zimmer, Küche und Zu-
behör zum 1. April od. 1. Mai
zu mieten gesucht. Lage in der
Nähe des Lehrerseminars be-
vorzugt. Off. u. E. R. 50 an
der Geschäftsstelle d. Blattes.

Einfach möbl. Zimmer
zu vermieten an jung. Mädchen
oder ältere Frau. Zu erfragen
J. Ruchewitz
Gehrenberg 25.

2 gut möbl. Zimmer
(Wohn- und Schlafzimmer) in
ruhigem Hause per 1. April
zu vermieten.
Zu erfragen bei
J. Ruchewitz
Gehrenberg 25, im Laden.

bürgerliches Logis
nebst Koch-, Peterstischstr. 6
Dahlefeldt sind auch 2 hübsch
möbl. Zimmer mit Morgen-
tasse zu vermieten.

Mehrere Stücke Land
an der Werrestraße (Wester-
holz'sche Grundstücke) zu verm.
A. Strahmeier, Eimterstr.
Teilmantelsvollstrecker.

Nur 3 Tage!

Wieder ein aufsehenerregendes Ereignis!

Im Lichtspielhaus Wittekind

Seine erste Frau.

Von morgen

bis Montag!

Gardinen-Woche

Edelstein Nachf. Herford.

Auf vielfache Anträge teile ich höflich mit, dass jetzt nicht nur alle besseren Gardinen, sondern auch die niedrigen Preislagen zu Preisen abgegeben werden, die gegen die bisherigen bedeutend billiger sind.

Die bisherigen Preislagen 1.65 1.35 1.00 80 ₭
kosten jetzt nur 1.20 1.00 75 58 ₭

Neue Schaufenster-Ausstellung
von billigen Artikeln für den Umzug!

Gertrud Die glückliche Geburt eines kräftigen
Mädchens
zeigen hoch erfreut an
Aug. Bitter u. Frau
Klara geb. Peiring.

Gewerbe-Verein.

Sonnabend, d. 28. März, abends 8 1/2 Uhr
im Evang. Vereinshaus:

Lichtbilder-Vortrag:
„Petersburg, Moskau und das russische Kunstgewerbe“.
Redner: Herr Jaiser, Düsseldorf.

Schützenhof :-: Herford.

Freitag, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr

8. Volks-Symphoniekonzert

Dirigent: FRIEDRICH QUEST.
Solist: ERNST CAHNBLEY-WÜRZBURG
Violoncello.

PROGRAMM.

I. TEIL.

Mozart: Symphonie Es-dur.

Allegro-Adagio.
Andante con moto.
Menuetto-Allegro.
Finale-Allegro.

Haydn: Konzert in D-Dur für Violoncello u. Orchester

Allegro moderato.
Adagio.
Allegro.

II. TEIL.

Berlioz: Le Carnaval Romain, Overt. caractéristique

Soli für Violoncello:
a) Chopin: Nocturno.
b) Schumann: Träumerei.
c) E. Cahnbley: Gavotte.
d) Davidhoff: Am Springbrunnen.

Wagner: Ouverture Tannhäuser.

Preise der Plätze: Im Vorverkauf in der Buchhandlung von Menckhoff: Nr. 1-360 à 2.00 Mk., Nr. 361-600 à 1.00 Mk., An der Abendkasse 2.25 u. 1.25. Nichtnummer. Plätze 0.60 Mk., Schülerkarten 0.50 Mk.

Zwangsversteigerung.

Am 28. d. Mts., mittags 12 Uhr, sollen im Bürgerverein Herford:

1 Sprechmaschine mit Platten, 4 Sofa,
1 Herrenfahrrad, 6 Mille Zigarren, 1
Alderichrank, 1 Schwein,

ferner im freiwilligen Auftrage:

1 Teppich

öffentlich gegen Meistgebot und Barzahlung verkauft werden.
Meckler, Gerichtsvollzieher.

Statt besonderer Anzeige!

Gestern abend entschlief sanft nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden, mein lieber Sohn, unser guter Bruder, der Schneider

Wilhelm Fleer

im vollendeten 17. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetruert an

Die trauernden Hinterbliebenen:

Friedrich Fleer, Schneidermeister,
August Fleer,
Frieda Fleer.

Herford, den 26. März 1914.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. März, mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause Elverdisserstrasse 142 aus statt.

Schützenhof.

Sonntag nachmittag ab 4 Uhr:

Abonnements-Konzert

in den Nebenräumen. Tageskarte 25 Pf.
Der Vorstand der Schützengesellschaft.

Spielplan des Bielefelder Stadttheaters.

Freitag, den 27. März 1914

Oeffentliche Extra-Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Schwank-Novität Zum 9. u. letzten Male Schwank-Novität

Die spanische Fliege

Anfang 8 Uhr Ende gegen 10 Uhr

Sonnabend, den 28. März 1914

Volkstümliche Vorstellung zu kleinen Preisen.

Nur einmalige Aufführung

Die versunkene Glocke

Ein deutsches Märchendrama in 5 Akten v. G. Hauptmann
Anfang 7 1/2 Uhr Ende 10 1/2 Uhr

Bürger-Schule Wilhelmplatz.

Die Anmeldung der Eltern schulpflichtig werdenden Kinder nehme ich am Montag, den 30. ds. Mts., von 9-12 Uhr morgens, im Zeichenjaal entgegen. Schulpflichtig sind die Kinder, welche bis zum 30. Septbr. 6 Jahr alt werden.
H. Decius.

Landwirtschafts- u. Realschule Herford.

Die Aufnahmeprüfung findet für Sexta am Mittwoch, 1. April, für die übrigen Klassen am Mittwoch, 15. April statt und beginnt früh 9 Uhr.

Dir. Dr. Paalhorn.

Fahrräder u. Zubehörteile

zu den billigsten Preisen in grosser Auswahl.

Reparaturen sämtlicher Systeme in eigener Werkstätte unter Garantie.
Wilhelm Quante, Comthurstrasse.

Bekanntmachung.

Bis zum 10. April 1914 sind uns die Rechnungen über im Monat März d. Js. gemachten Lieferungen oder Leistungen einzureichen. Falls noch Forderungen aus vorhergehenden Monaten dieses Rechnungsjahres (seit 1. April 1913) bestehen, sind solche ebenfalls bis zum vorgenannten Termin unter Beifügung einer Duplikatrechnung zc. geltend zu machen.
Herford, den 25. März 1914.

Städtische Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werke.

Bekanntmachung.

Abrechnung der Ausbaukosten der Weichenstraße.
Infolge des Einspruchs verschiedener Anlieger der Weichenstraße ist die Abrechnung der Ausbaukosten dieser Strasse neu aufgestellt worden. Diese Abrechnung wird in der Zeit vom 30. d. Mts. bis zum 28. April 1914 auf Rathaus III, Zimmer Nr. 12, zur Einsicht der Beteiligten erneut offen gelegt. (§§ 1 und 4 Absatz 2 des Ortsstatuts vom 20. Februar 1912 zur Ausführung der §§ 12 und 15 des Grundtiniengesetzes vom 2. Juli 1875).

Herford, den 24. März 1914.

Der Magistrat.

Verdingung.

Die Ausführung folgender, Neubau der städtischen Volksbadanstalt notwendigen Arbeiten soll öffentlich vergeben werden:
Los 1 Dachbedararbeiten
Los 2 Klempnerarbeiten
Los 3 Tischlerarbeiten
Los 4 Malerarbeiten

Angebotsformulare sind, solange der Vorrat reicht, nach Entrichtung von 0.50 Mk. auf dem Stadtbauamt, Rathaus 3, Zimmer Nr. 12, zu haben.

Termin zur Öffnung der postmäßig verschlossenen eingereichten, mit entsprechender Aufschrift versehenen Angebote findet am 8. April 1914, Mittags 12 Uhr, im Beisein der etwa erschienenen Bieter im Rathaus 3, Zimmer Nr. 12, statt. Zeichnungen können auf dem Stadtbauamt, Rathaus 3, Zimmer Nr. 18, eingesehen werden.

Herford, den 25. März 1914.

Das Stadtbauamt.

Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten Ortsgruppe Herford.

Am Sonnabend, den 28. März d. J., abends 8 1/2 Uhr, findet im Westfälischen Hof (Wilh. Bradtke) eine

größere Versammlung

statt mit folgender Tagesordnung:

1) Vortrag des Geschäftsführers des Reichsvereins Herrn Friedr. Wilhelm über

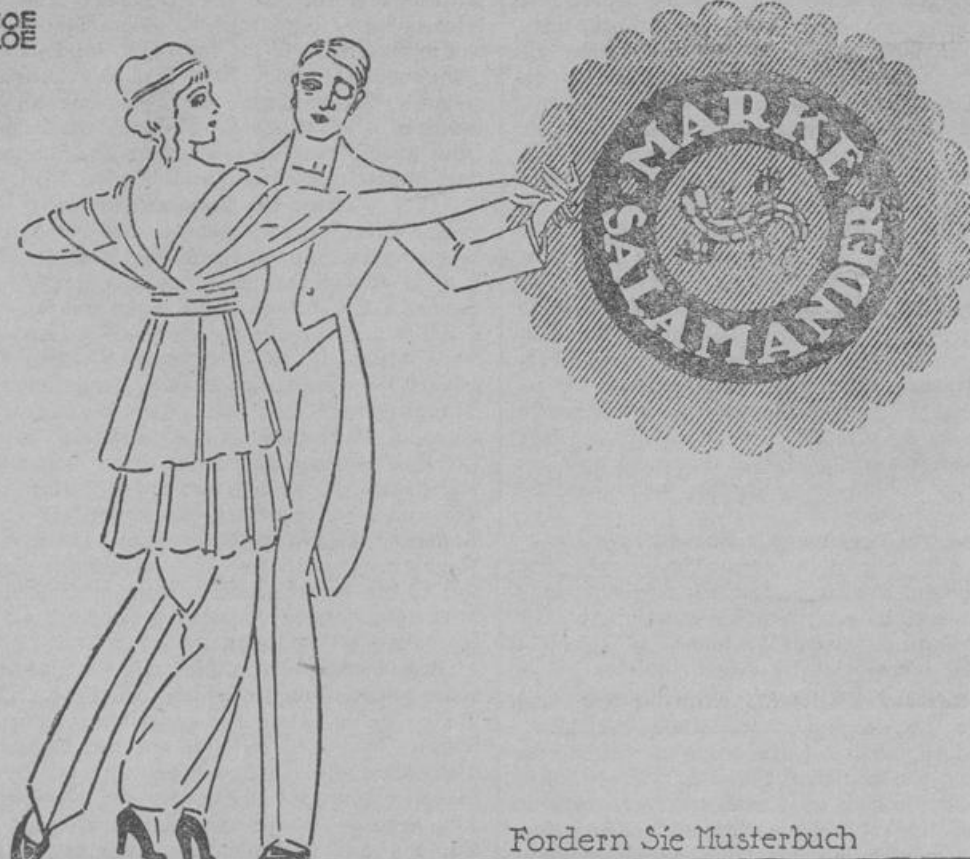
„Die Arbeitsmethode nach dem System „Taylor“ und seine Folgeerscheinungen“

2) Der Reichsverein und sein Programm.

3) Freie Aussprache.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. Freunde und sonstige Anhänger unserer Bestrebungen gleichviel welchen Berufes sind dazu freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

JOE LOE



Fordern Sie Musterbuch

Salamander Stiefel

:-: für Damen und Herren :-:

Salamander - - - Mk. 12,50
Salamander Siko Mk. 14,50
Salamander Luxus Mk. 16,50

Alleinverkauf:

Fritz Neumüller

HERFORD, Gehrenberg 10.

Eigene erstklassige Reparatur-Werkstatt.



Sanella

die Mandelmilch-Pflanzenbutter-Margarine

pfd. 90 pfg.

Sana Ges.m.b.H. Cleve

Wie Ihr Gesicht

so bedarf auch Ihr Gesicht einer sorgfältigen, regelmäßigen Pflege, denn durch Staub und Schweiß, auch durch die Berührungspunkte der Kopfhaut werden Haarhoden und Haar dauernd verunreinigt. Die Entfernung dieser Unreinlichkeiten bildet das erste Erfordernis einer vollständigen Haarpflege, und es ist selbstverständlich, daß diese Verunreinigungen nur durch eine gründliche, regelmäßige Kopfwäsche beseitigt werden können. Seit 10 Jahren hat sich Schwarzkopf's Shampoo glänzend bewährt. Es ist daher ratsam, nur dieses Präparat für die Kopfwäsche zu benutzen oder auf dessen Verwendung beim Friseur zu bestehen. Schwarzkopf's Shampoo kostet das Paket 20 Pfennig, mit Glycerin, Nadelholzöl, Kamillen-Extrakt, Schwefel, Sauerstoff, Kräuter-Extrakt, Vanillin, Peru-Balsam oder Birkenbalsam-Zusatz 25 Pf. Ein Paket gratis bei Einkauf von 6 Paketen. Gegen vorzeitiges Ergrauen, zur Kräftigung des Haarwuchses, auch zur Erleichterung der Frisur nach der Kopfwäsche behandelt man Kopfhaut und Haare regelmäßig mit Peru-Balsam-Emulsion, große Flasche Mk. 1.50, Probeflasche 60 Pf., in Apotheken, Drogerien, Parfümerie- und Friseur-Geschäften erhältlich. Alleinige Fabrik: Hans Schwarzkopf, G. m. b. H., Berlin N 37.



Herforder Zeitung

für Stadt

und Land

Generalanzeiger für Stadt u. Landkreis Herford
Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Druck und Verlag von Fr. Kuhle, Herford.

Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31. — Fernsprecher Nr. 83.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis vierteljährlich 1.50 M., bei Postbestellung 1.35 u. Postgebühren.



Regelmäßige unentgeltliche Beilagen:

Herforder Erzähler (täglich), Am Pflug (monatlich zweimal), Haus und Hof (monatlich zweimal), Fabrik und Handwerk (monatlich einmal), Für Jäger und Naturfreunde (monatlich einmal), Mode für Alle (monatlich zweimal).

Preis der einspaltigen Kleinzeile für Stadt und Landkreis Herford, Deynhäusen und Amt Rehme 12 Pfg., sonst 18 Pfg.

Nr 73

Herford, Freitag, den 27. März

1914

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.
einschließlich der Beilage „Herforder Erzähler.“

Der Lenagrenel in der Reichsduma.

Am 17. April 1912 wurden in den Gena-Goldwäschereien, weit hinten in Sibirien, 107 Arbeiter vom Militär erschossen und über 80 schwer verwundet. Es war eine echt russische Geschichte. Die Aktien der Gena-Gesellschaft im Nominalbetrage von 450 Rubeln standen infolge wilder Spekulation auf 3500 Rubeln. Die Dividende für die hochgradige Ueberschätzung mußte herausgewirtschaftet werden. Das geschah auf Kosten der Arbeiter, die vogelfrei waren, zumal viele politische Sträflinge waren. Als die Arbeits- und Lebensbedingungen unerträglich wurden, und die Forderung auf Lohnerhöhung abgewiesen wurde, legten 6000 Mann die Arbeit nieder. Die Gouvernementsbehörde entsandte den Gendarmerie-Mittmeister Trefschienkos mit Truppen an Ort und Stelle. Trefschienkos ließ das Streikkomitee verhaften. Die Arbeiter verlangten stürmisch dessen Freilassung. Einige Salven mit schrecklicher Wirkung waren die Folge. Eine Sühne für jene Lenagrenel ist bisher nicht gegeben worden. Die Agitation unter der russischen Arbeitererschaft zur Erlangung der Sühne hat aber nicht aufgehört. Wenige Tage nach dem blutigen Ereignis, am 23. April 1912, fanden in den Straßen Petersburgs Protestkundgebungen statt, an denen auch Studenten teilnahmen. Am Jahrestage der Lenagrenel veranstalteten die Arbeiter in Petersburg und anderen Städten einen Trauertag. Die Lenagrenel sind für alle Gegner der russischen Regierungsmethode ein wirksamer Agitationsstoff geblieben. So erklärt es sich, daß sie immer noch neuen Widerhall finden. Im Hinblick darauf, daß sich der Tag bald zum zweiten Male jährt, und die Arbeiter offenbar wieder Demonstrationen vorbereiten, konnte die Regierung nicht umhin, Antwort auf eine Interpellation in der Reichsduma zu erteilen. Darüber liegt folgender Bericht vor:

Petersburg, 26. März. In der gestrigen Sitzung der Reichsduma erklärte der Handelsminister Tinnatschew auf eine Interpellation über die geschehene Handlungsweise von Amtspersonen bei den Ereignissen auf den Gena-Goldfeldern im Jahre 1912, die Regierung erkenne vollkommen die schweren Arbeits- und Lebensbedingungen der Lenagrenel an. Die Bedingungen hätten die Hauptveranlassung zu den Arbeiterunruhen gebildet. Gegenwärtig seien viele früheren Missetaten abgestellt worden. Die Gesamtdirektion der Lenagegesellschaft sowie der Goldfeldverwaltung sei gewechselt, die Arbeiterwohnungen seien verbessert worden. Die neue Verwaltung solle für die Wahrung der Interessen der Arbeiter. Auf dem Territorium der Lenagegesellschaft sei jetzt das Gesetz der Arbeiterversicherung in Kraft. Auf die Frage, ob diejenigen, welche das Gesetz verletzt hätten, zur Verantwortung gezogen seien, erklärte der Minister, die Handlungsweise der Lenagegesellschaft sei gewiß tadelnswert, falls jedoch nicht unter das Strafgesetz. Die Regierung habe der Gesellschaft wiederholt geraten, den Arbeitslohn zu erhöhen. Darauf sei jedoch die Verwaltung nicht eingegangen. Das könne man aber nicht bestrafen. Wenn die Lenagegesellschaft auch nicht zur gerichtlichen Verantwortung gezogen sei, so habe sie sich doch unter dem Druck des allgemeinen Unwillens gezwungen gesehen, ihre gesamte Direktion zu wechseln.

Ramens des Ministers des Innern sprach sein Gehilfe Solotarew; er wies darauf hin, daß die Entfernung der Lenagoldfelder von den Verwaltungszentren dazu geführt habe, daß dort ein Staat im Staate entstand. Der Arbeiterausstand, sagte er, hat seinen Grund in wirtschaftlichen Verhältnissen, geriet jedoch unter den Einfluß eines Streikkomitees, das sich aus politisch Verschiedenen gebildet hatte. Die Arbeiter drangen in die Polizeihäuser, durchsuchten die Eisenbahnzüge und verlangten eine Lohnerhöhung von 30 vom Hundert. Die Verfügung des Untersuchungsrichters, das Streikkomitee zu verhaften, konnte nicht ausgeführt werden. Kann man einen solchen Streik als eine friedliche Bewegung ansehen? Als das Militär herbeigerufen war, wurden

nur diejenigen verhaftet, die gerichtlich belangt werden konnten. Wenn die Forderungen der Polizeibehörde erfüllt und alle Führer des Ausstandes verhaftet worden wären, so wären die Ereignisse vom 17. April bestimmt ausgeblieben. Wegen des Schießens, welches Opfer forderte, ist gegen den Polizeioffizier Trefschienkos ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden. Das Urteil wird darüber Aufklärung geben, ob es möglich war, der Katastrophe vorzubeugen. (Anhaltender Beifall rechts, Zischen und Pfeifen links).

Gegen den strengen Arrest.

Berlin, 26. März. Die Reichstagskommission zur Aenderung des Militärstrafgesetzbuches begann heute die zweite Lesung. Der preussische Kriegsminister betonte seinen früher dargelegten Standpunkt, der in dem Satz gipfelt: Die straffe militärische Disziplin ist nicht nur ein Vorzug unserer Armee, sondern auch ein hohes Gut unseres Volkes. Ein fortschrittlicher Antrag, in § 66 den strengen Arrest zu streichen, wurde angenommen. Dabei sprach sich die Kommission mit Ausnahme der Konservativen und Nationalliberalen grundsätzlich gegen den strengen Arrest als militärische Strafe aus. Eine längere Erörterung entspann sich nochmals über die Frage der Geltung der Militärstrafgesetze für den ganzen Tag der Kontrollversammlung. Der Kriegsminister erklärte sich gegen die Verbindung dieser Frage mit der Aenderung des Militärstrafgesetzbuches, denn sie gehöre zum Reichsmilitärstrafgesetz von 1874. Ein Nationalliberaler beantragte, daß die Strafbestimmungen zur Aufrechterhaltung der Disziplin für den ganzen Tag gelten sollten, wenn die strafbare Handlung sich gegen solche Personen richtet, die in der Kontrollversammlung Vorgesetzte des Täters und durch ihre Uniform als solche kenntlich waren. Von mehreren Rednern wurde jedoch die von der Heeresverwaltung behauptete gesetzliche Grundlage für die Geltung der Militärstrafgesetze für den ganzen Tag bestritten. Der nationalliberale Antrag wurde abgelehnt und die Fassung der ersten Lesung (Geltung nur für die Dauer der Kontrollversammlung) aufrechterhalten. Der Kriegsminister erklärte, daß das Gesetz in dieser Form für die Regierung unannehmbar sei.

Der „Rauschmeißer“ als Beruf.

Berlin, 26. März. Vor dem Berliner Kaufmannsgericht kam ein Mann als Kläger zu Wort, der der erkaunten Mithet Kunde von einem bisher noch nicht allgemein bekannten gewerblichen Beruf, nämlich dem eines „Rauschmeißers“, gab. Der Mann, ein Riese von Gestalt, war in einem Café zu dem bestimmten Zweck fest angestellt. Die Klage war laut Berl. Tzbl. gegen den Inhaber des Cafés gerichtet. In der Zeit von 1/26 Uhr früh bis 12 Uhr mittags bestand die Hauptaufgabe des Klägers darin, mit den Gästen Zechen zu machen und Betrunkenen an die frische Luft zu befördern. Diese Tätigkeit, für die der Hüne freies Essen und Trinken und noch 200 M monatlich in barem Gelde dazu bekam, sah der Rauschmeißer als eine fachmännische Tätigkeit an und klagte als „Handlungsgeselle“ vor dem Kaufmannsgericht. Dieses sprach indessen dem Rauschmeißer seine Handlungstätigkeit ab und kam zur Abweisung der Klage wegen Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts. Der Kläger sei Gewerbegehilfe. Wegen der Höhe seines Einkommens, über 200 M monatlich, könne er auch nicht vor dem Gewerbegericht klagen. Bei der Höhe des Klageobjekts, 2300 M, müsse er beim Landgericht klagen.

Die Vermögen französischer Minister.

Paris, 26. März. Der Teil der Zeugnisaussagen vor dem Rochette-Ausschuß, der sich auf die Vermögensverhältnisse gewisser Minister bezieht, ist derjenige, der die Neugierde des großen Publikums am meisten interessiert, obgleich er mit dem eigentlichen Gegenstand der Untersuchung wenig oder nichts zu schaffen hat. Man erfährt mit Interesse, daß Herr Monis nichts anderes besitzt als sein Häuschen, sein Senatorengehalt von 15 000 Fr., und in dem Falle, daß er aufhören würde, Mitglied der Ersten Kammer zu sein, ein Ruhegehalt von 2400 Fr., das der Verein ehemaliger und gegenwärtiger Senatoren allen seinen Mitgliedern ausbezahlt. Dieses Bekenntnis erinnert an ein ähnliches, das Mr. Lloyd George vor dem Marconi-Untersuchungsausschuß abgelegt, und das die öffentliche Meinung in England stark bewegt hat. Hier ist man weniger sentimental, und Eingeweichte weisen lächelnd darauf hin, daß, wenn Herr Monis vielleicht selbst wirklich kein Vermögen hat, jedenfalls sein Sohn durch verfrühten Eintritt des Vaterberbes sich in ganz mollen Verhältnissen befindet. Herr Caillaux hat sein Vermögen mit 50 000 Fr. festen Einkommens angegeben. Er hat von seinen Eltern 1 200 000 Francs geerbt und versichert, er habe dieses Vermögen nicht vermehrt, sondern durch seine Schuld vermindert, teils durch wenig glückliche Anlagen, teils durch die Kosten, die ihm die Politik auferlegt hat. Es wird für viele kleinere Leute, die sich in Spekulationen verfrüht haben, ein kleiner Trost sein, daß auch Finanzleute von Beruf gegen Spekulationsverluste nicht gefeit sind. Herr Caillaux hat übrigens vor dem Ausschuß das feierliche Versprechen gegeben, daß er, solange er sich in der Politik betätigt, nicht wieder Finanzgeschäfte machen und den Vorstoß über Aktiengesellschaften führen wird.

Eine Eisenbahn von Europa nach Amerika.

St. Petersburg, 26. März. Um eine ununterbrochene Bahnverbindung zwischen Europa und Vereinigten Staaten herbeizuführen, hat sich eine amerikanische Gesellschaft gebildet, die diesen Zweck durch eine Verbindung zwischen Sibirien und Alaska zu erreichen sucht. Zu diesem Zweck sollen Anschlußbahnen in Sibirien und Alaska erbaut werden. Der Tunnel, der beide Länder verbinden soll, wird eine Länge von 65 Kilometern haben.

Heftiger Sturm im Aermellkanal.

Paris, 26. März. Im Aermellkanal und an der französischen Westküste herrscht seit mehreren Tagen ein furchtbarer Sturm. Wie aus West gemeldet wird, ist das Fischerboot „Ange Gabrielle“ ungefähr eine Meile von der Küste entfernt gesunken. Die aus 11 Mann bestehende Besatzung erkrankte bis auf 2 Mann, die sich an dem schwimmenden Wrack festklammerten und nach stundenlangen Bemühungen gerettet werden konnten. Zwei weitere Fischerboote, das eine mit fünf, das andere mit vier Mann Besatzung, werden gleichfalls vermisst. Eine furchtbare Ueberfahrt hatte der Viermaster „Quercy“ gehabt, der am 4. März von New York abgefahren war. Seine Masten hat er während eines heftigen Wogenganges verloren und konnte sein Ziel nur mit einem Notmast erreichen. Eine große Anzahl Matrosen wurden von den Wellen ins Meer gespült.

Dampfer in die Luft geflogen.

Honolulu, 26. März. Der den Verkehr zwischen den Inseln vermittelnde Dampfer „Mani“ ist, wie verlautet, auf der Höhe von Pearl Harbour in die Luft geflogen. Die gesamte, zwölf Mann starke Besatzung wurde getötet. Der Dampfer hatte Explosivstoffe an Bord und ging gestern von Honolulu nach Kanai in See.

Honolulu, 26. März. Das Schiff „Mani“, das auf der Höhe von Pearl Harbour explodierte, sank so schnell, daß die Boote nicht ausgelegt werden konnten. Man nimmt an, daß gegen 30–40 Personen, zumeist Eingeborene, umgekommen sind. Das Unglück ist nach neueren Meldungen auf eine Kesselexplosion zurückzuführen.

Arbeiterbewegung.

Gelsenkirchen, 26. März. Die Gelsenkirchner Bergwerksgesellschaft mußte auf ihren Zechen „Minister von Stein“ und „Fürst Hardenberg“ die dritte Feiertagsfeier in diesem Monat wegen Abgabemangels einlegen. Die Garpener Bergwerksgesellschaft feiert heute auf der Zeche „Moland“.

Petersburg, 26. März. In vielen Fabriken von Petersburg begann heute wegen der Maßnahmen gegen die Arbeiterpresse in den Morgenstunden ein Proteststreik. Von 300 000 Fabrikarbeitern Petersburgs streikten 30 000. Die Kundgebungen, die bei der Einstellung der Arbeit bei einigen Fabriken versucht wurden, wurden durch die Polizei unterdrückt.

Berichtssaal.

Prozess wegen eines Spionagevertrages um Helgoland. Vor dem 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts begann gestern vormittag der Spionageprozeß gegen den Monteur Karl Gaertner und den Apothekergehilfen Rothmann, beide aus Berlin. Gaertner ist angeklagt, einer Firma für Heizungsanlagen den Plan der Befestigungen Helgolands entwendet und die Ablichtung gehabt zu haben, ihn zu Spionagewezden zu verwerten. Der Mitangeklagte Rothmann soll ihn hierbei unterstützt haben. Zur Verhandlung sind 11 Zeugen und ein Sachverständiger geladen. Die Öffentlichkeit ist für die Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

Unterzahlungen eines Spartaistenendanten.

Die Strafkammer in Kiel verhandelte in dreizehntägiger Sitzung gegen den Lehrer Reimer aus Wangels, der beschuldigt ist, als Rentant der dortigen Spar- und Darlehnskasse große Unterzahlungen begangen zu haben. Die Unterbilanz beträgt mehr als 60 000 M. Das Gericht erkannte Reimer als schuldig, mindestens 20 000 M unterzahlt zu haben und verurteilte ihn zu sieben Monaten Gefängnis und 1000 M Geldstrafe und erkannte ihm ferner die Fähigkeit der Befeldung eines öffentlichen Amtes auf die Dauer von fünf Jahren ab.

Wir bitten die
Postbezieher unserer Zeitung,
das Abonnement für das nächste
Vierteljahr sofort zu erneuern. —
Wenn der Briesträger die Quittung
nicht vorlegt, wolle man ihn gefl.
daran erinnern.

Getreidepreise.

Preisverhältnisse des Deutschen Landwirtschaftsrats				
25. März				
Stadt	Weizen	Woggen	Gerste	Safer
Königsberg	—	150–152 1/2	—	146–153
Breslau	180–184	142–146	9 152–160	148–150
Breslau	179–181	143–145	9 133–135	142–144
Berlin	188–192	154–155 1/2	—	150–179
Hamburg	193–196	153–156	—	156–170
Hannover	188	153	—	164
Mannheim	205–207	162 1/2–165	—	165–82 1/2

Verantwortlich: Fr. Kuhle; für Inserate: O. Befe; beide in Herford.

Selbst in Fällen chronischer Tuberkulose empfehle ich Kaffee Hag, den coffeinfreien Bohnenkaffee, mit außerordentlich günstigem Erfolg.

Prof. Dr. Möller, Berlin
(Therapeutische Rundschau 1908, S. 7).

Dr. Oetker's „Backin“

(geflücht geschüttelt)

Wer es kennt, gebraucht es immer,
Etwas besseres gibt es nimmer!

Überall zu haben!

1 Päckchen 10 Pfg. 3 Stück 25 Pfg.

Kontrollversammlungen und Militärstrafrecht.

Im Sommer v. J. hat das Erfurter Kriegsgerichtsurteil, durch das mehrere Zivilisten, Familienväter, wegen einer verhältnismäßig leichten Straftat mit schweren Zuchthausstrafen belegt wurden, so große Aufregung verursacht, daß der Reichstag am 30. Juni ein Notgesetz (an einem Tage in drei Lesungen!) annahm. Danach soll in das Militärstrafgesetzbuch der Begriff der „mildernden Umstände“ eingeführt werden, damit die Kriegsrichter in weniger schweren Fällen, wie sie hier vorlagen, nicht mehr gezwungen seien, Zuchthausstrafen zu verhängen. Der Kanzler versprach, sich für die Annahme dieses Gesetzes im Bundesrat zu verwenden, und der Bundesrat hat sehr bald diesem Notgesetz, das vom Reichstag fast einstimmig angenommen worden war, zugestimmt. Die Wohltat des neuen Erfurter Gesetzes konnte in der Verurteilungsinstanz bereits jenen Erfurter Zivilisten zugute kommen, die nach der Kontrollversammlung in einer Kneipe Händel bekommen hatten und sich schließlich in ihrer Trunkenheit gegen zwei herbeigerufenen Polizisten, unter ihnen ein Gendarm, der als militärischer Vorgesetzter anzusehen war, vergingen.

Als Folge jener lex Erfurt hat die Regierung kürzlich dem Reichstag eine Reform des Militärstrafgesetzbuchs vorgelegt, die die mildernden Umstände auch für andre Straftaten einführen soll. Diese Novelle ist die logische Konsequenz des einmal beschrittenen Weges. Es mußte ein Ausgleich geschaffen werden: was der einen Reihe von Straftaten im Militärstrafgesetzbuch recht war, mußte auch der anderen billig sein. In der Kommissionsberatung hat nun die Fortschrittliche Volkspartei die selbstverständliche Gelegenheit benutzt, den Antrag zu stellen, daß die Reservisten nur während der Dauer der Kontrollversammlungen den Militärstrafgesetzen unterliegen.

Jene lex Erfurt war nur ein Aus Hilfsmittel und kann, was die Kontrollversammlungen anlangt, keine dauernde, vor allen Dingen keine radikale Hilfe bringen. Der Begriff „mildernde Umstände“ bleibt dem diskretionären Ermessen des urteilenden Richters unterworfen, und auch nach der neuen Reform können Reservisten, die sich am Tage der Kontrollversammlung nicht in böser Absicht, sondern aus rein menschlicher Schwäche vergehen, mit einer Strafe bedacht werden, die in schreiendem Mißverhältnis zu ihrer Tat steht. Das einzig Richtige ist — und darauf haben wir schon wiederholt hingewiesen —, daß die Reservisten überhaupt nur so lange den Militärstrafgesetzen unterliegen, als die dienstliche Kontrollversammlung dauert. So war es auch früher Rechts, ohne daß sich Mißstände gezeigt haben. Und das ist auch das ganz Natürliche. Eine Kontrollversammlung dauert gewöhnlich zwei Stunden. In der ganzen übrigen Zeit des Tages ist der Einberufene Zivilist; er kann tun und lassen, was er sonst gewohnt ist, er geht seinem Beruf nach, er tritt meistens sofort in die gewohnten Bahnen seines Zivillebens, und er mühte sich immer erst frampfhaft in die Erinnerung rufen, daß er heute, bis die Mitternachtstunde schlägt, eine „aktive Militärperson“ ist.

Bis zum Jahre 1886 waren die zur Kontrollversammlung Einberufenen nur so lange Militärs, als die Versammlung dauerte. Erst das Reichsgericht hat anders entschieden u. ihm folgte das Reichsmilitärgericht. Sie haben den § 38 des Reichsmilitärstrafgesetzes vom 2. Mai 1874 merkwürdig ausgelegt. Unter B Ziffer 1 werden als zum aktiven Heer gehörig aufgeführt, „die aus dem Verurteilungsstande zum Dienste einberufenen Offiziere, Ärzte, Militärbeamten und Mannschaften von dem Tage, zu welchem sie einberufen sind, bis zum Ablauf des Tages der Wiederentlassung.“ Hier hatte man natürlich nur an diejenigen gedacht, die zu dienstlichen Übungen einberufen werden. Schon der Wortlaut der Bestimmung läßt keinen Zweifel darüber zu. Die obersten Gerichte legten nun den Nachdruck auf die Worte „bis zum Ablauf des Tages“ und folgerten daraus, daß auch die zur Kontrollversammlung Einberufenen bis 12 Uhr mitternachts der Militärgerichtsbarkeit unterliegen.

Diese Auslegung ist nicht nur von Ziviljuristen bekämpft worden, sondern auch von Militärjuristen, so vom Oberkriegsrat Dr. v. Bitten, in einem Aufsatz in der „Deutschen Juristenzeitung“ 1909, von den Kriegsgerichtsräten Diez und Dr. Mehndans. Es widerspricht ja auch dem natürlichen Empfinden, daß Zivilpersonen, die zu einer kurzen Kontrollversammlung zusammenkommen, aktiven Militärpersonen, die zum Dienst einberufen und in Uniform gesteckt werden, gleichgestellt werden sollen. Der Unterschied zwischen diesen und jenen ist so groß, daß jene Auslegung überaus verwunderlich ist. Und darum ist es das Natürlichste von der Welt, daß die Fortschrittliche Volkspartei hier endlich reinen Tisch machen und die Rechtsunsicherheit vor 1886 gesehlich wiederherstellen möchte.

In der Kommissionsberatung vom 10. März d. J. bezweifelten, mit Ausnahme der Konservativen, alle Parteien die Rechtmäßigkeit der jetzt bestehenden Praxis und erkannten die Notwendigkeit einer Änderung an. Selbst der Kriegsminister hatte in der Sitzung vorher eine Reform für notwendig erklärt, jedoch will er diese Reform darauf beschränken, daß der Begriff von „Vorgesetzten“ bei Kontrollversammlungen näher bestimmt wird. Die Nationalliberalen schlugen sich bei der ersten Lesung, trotzdem auch sie die Notwendigkeit einer Änderung betonten, leider zu den Konservativen und behielten sich für die zweite Lesung einen eigenen Antrag vor, sobald über die Ansichten der Heeresverwaltung nähere Auskunft vorliege. Nun,

diese Ansicht liegt bereits vor, denn der Kriegsminister erklärte, die Annahme des Antrages würde das Zustandekommen des ganzen Gesetzes gefährden.

Man braucht diese Drohung nicht tragisch zu nehmen. Die Reform des Militärstrafgesetzbuchs, die hier zur Debatte steht, ist, wie schon oben erwähnt und wie die Regierung selbst erklärte, eine logische Folge der lex Erfurt: sie bezweckt, Ungerechtigkeiten in der Strafzumessung auszugleichen. Sie wird deshalb, davon sind wir überzeugt, mit dem oder ohne den fortschrittlichen Antrag Gesetz werden. Und auch sonst braucht man die ablehnende Haltung des Kriegsministers nicht schwer zu nehmen. Man hat doch sicher nicht erwartet, daß Herr v. Falkenhahn sofort dankbar den fortschrittlichen Antrag begrüßen wird; man rechnete damit, daß er sich gegen seine Annahme sträuben wird. Der Vorgänger des jetzigen Kriegsministers, General v. Heeringen, hatte sich ja auch gegen die lex Erfurt mit Händen und Füßen gewehrt, und unmittelbar darauf hat der Reichskanzler dennoch versprochen, sich im Bundesrat jener lex anzunehmen.

Der fortschrittliche Antrag ist in der ersten Lesung gegen die konservativen und nationalliberalen Stimmen angenommen worden. Sollte er Gesetz werden, so würden wir einen erfreulichen Fortschritt in der notwendigen und naturgemäßen Reform des Militärstrafrechts zu verzeichnen haben. Die Gefahren, die die Gegner an die Wand malen, als ob dann die zur Kontrollversammlung Einberufenen hinterher, vom Militärstrafgesetze befreit, Vorgesetzte verhöhnen oder tätlich angreifen würden, sind törichte Stimmungsmacherei. Die Herrschaften tun so, als ob es im Deutschen Reich nur ein Militärstrafgesetzbuch und nicht auch ein allgemeines Strafgesetz gebe. Als ob man ungestrakt Leute verhöhnen oder verprügeln dürfe. Die bürgerlichen Gerichte können sehr scharf zugreifen, und sie werden in solchen Fällen, dessen sind wir gewiß, ganz besonders scharf richten. So oft eine Besserung zu erobern war, hat es nie an graulich-machenden Warnungen der Reaktionsäre gefehlt. Von kleinen bösen Folgen bis zur Untergrabung des Thrones und bis zum Untergang der Welt erstreckten sich solche Rastandaraue. Sie haben sich stets als grundlos erwiesen. In diesem Fall kommt noch hinzu, daß der erstrebte Fortschritt nur eine Wiederherstellung des Zustandes betrifft, der vor 1886 bei uns gang und gäbe war.

Leistungen deutscher Missionsärzte.

Die kulturelle Bedeutung des Missionsarztes ist die Hebung des hygienischen, sozialen und wirtschaftlichen Niveaus eines wenig kultivierten Gebietes, wird vielfach unterschätzt oder ist wenig bekannt. Dr. Oßp, der Direktor des deutschen Instituts für ärztliche Mission in Tübingen hat es nunmehr in einem Artikel in der Zeitschrift für Balneologie unternommen, die deutschen und englischen Leistungen auf missionsärztlichem Gebiete zusammenzustellen, gegeneinander abzuwägen und mit neuen beachtenswerten Vorschlägen zu befruchten. Seine Mahnung verdient in Deutschland durchaus gehört zu werden, nicht nur im Hinblick auf die stets wachsende und um sich greifende Tätigkeit der englischen Missionsärzte, sondern auch deshalb, weil die zu Grunde liegende Idee von Deutschland ausgegangen ist, hier aber noch nicht in ihrem vollen Umfange gewürdigt wird.

Der erste Missionsarzt wurde im Jahre 1735 von der Brüdergemeinde in Hernhut ausgesandt, dem bald andere folgten. Persien, Ägypten, Labrador und Ceylon, sowie Surinam waren ihre Arbeitsfelder; aber Gelbfieber, Malaria und Schwarzwasserfieber rafften viele bald hinweg. Nach mancherlei Experimenten erstarb dann dieser Zweig der deutschen Mission bereits nach sechs Jahrzehnten, während die Engländer den praktischen Gedanken anfangs des 19. Jahrhunderts aufgriffen, die Methode zur glänzenden Blüte brachten und nunmehr bereits die Früchte ernten. 1881 wurde z. B. von englischen Missionsärzten der Grund zu einer medizinischen Hochschule in Agia in Ostindien gelegt, der seither mehrere andere nachgefolgt sind. Zwei englische Missionsärzte, die Gebrüder Cook in Mengo, der Hauptstadt von Uganda, waren auch die ersten, die die Schlafkrankheit in ihrem Krankenhaus erforschten und die Ausbreitung der ersten Schlafkrankheitsexpeditionen 1902 veranlaßten.

Der erste, der in Deutschland zu intensiverer missionsärztlicher Arbeit anforderte, war der Arzt Müller in Tübingen. Seine Anregung wurde aber erst 40 Jahre später von dem Professor Christlieb aus Bonn aufgegriffen und zur Tat gemacht. Er wies in einem flammenden Appell auf die Notwendigkeit einer stärkeren Tätigkeit auf diesem Gebiet hin, daß namentlich auch für unsere Kolonien große Vorteile daraus erwachsen würden.

Wenn man bedenkt, daß wir für etwa rund 13 Millionen Einwohner in unseren Kolonien verantwortlich sind, und daß nach 30jähriger Kolonialtätigkeit ausgerechnet 123 Regierungsärzte, Sanitätsbeamte und regierungsseitig unterstützte Privatärzte in sämtlichen Schutzgebieten stehen, so muß man doch sagen, daß sie wie ein Tropfen auf einen heißen Stein wirken. Prof. Schilling teilt mit, daß in manchen Gebieten Kameruns 180 000 Menschen auf einen Arzt kommen, während in Deutschland ein Arzt auf 2000 Menschen gerechnet wird. Fragt man aber, warum schicken wir nicht mehr Regierungsärzte aus, so antwortet uns der Staatssekretär des Reichskolonialamts, wir brauchen jetzt schon mehr als drei Millionen Mark jährlich für die Medizinalangelegenheiten unserer

Schutzgebiete. Und warum ist dieser Apparat so kostspielig? Weil zu einem Regierungsarzt auch eine Regierungsstation und der nötige militärische Schutz gehört. Das fällt bei Missionsärzten ganz weg.

Wer vermag ferner in die völkische Eigenart der Eingeborenen und ihre Sprache tiefer einzudringen, der Regierungsarzt mit seinen kurzen Dienstperioden, häufigen Verletzungen und Dienstreisen oder der Missionsarzt, der an sein Missionshospital gebunden und auf seinem Posten 5, ja 10 Jahre aushält, wie das deutsche Missionsärzte zu tun pflegen? Hand in Hand mit den beamteten Ärzten können sie an der Verbesserung der Eingeborenen-Hygiene arbeiten und zu der Regierung ein verbindendes Bindeglied darstellen.

Bedenkt man die verheerenden Volksseuchen, die jahraus, jahrein unsere Schutzgebiete bedrohen, zieht man das Herd der spezifischen Tropenkrankheiten Malaria, Schwarzwasserfieber, Gelbfieber, Typhus usw. in Betracht, kennt man die ungeheure Kindersterblichkeit, die in manchen Gegenden Afrikas 75 Prozent beträgt, so wird einem erst klar, daß diejenigen Unrecht haben, die behaupten, für die Schutzgebiete brauchte man weniger Ärzte als für die Heimat. Hier bei uns daheim läuft ja alles bereits in wohlgeordneten, hygienischen Geleisen, draußen dagegen, so weit man blickt, hygienischer Urwald, Brachland oder Sumpf.

Das Gerücht, daß Missionsärzte es ablehnen, für Europäer tätig zu sein, ist eine große Verleumdung. Der erste Patient des Missionskrankenhauses Abingda (Deutsch-Ostafrika) ist ausgerechnet ein deutscher Stabsarzt gewesen. Ende 1912 wurden 10 Missionshospitäler, 32 Polikliniken, 10 Ausstättungsanstalten und eine Irrenanstalt in deutschen Kolonien von Missionsärzten und ihren Hilfskräften geleitet. Das größte deutsche Missionshospital, das der rheinischen Mission gehört und in Pea Madja auf Sumatra liegt, wird seit 12 Jahren von zwei deutschen Missionsärzten geleitet, denen drei europäische Krankenschwestern und 13 eingeborene Hilfskräfte zur Seite stehen. Das Spital hat im Jahre 1912 nicht weniger als 89 497 poliklinische Konsultationen bei 17 162 Patienten zu verzeichnen gehabt und 1204 von ihnen in die Krankenhäuser aufgenommen. Die Summe der Verpflegungstage betrug im letzten Jahre 23 708.

Ueberblickt man das Gesagte, so muß man zugeben, daß England einen ganz gewaltigen Vorsprung vor Deutschland hat. Dort 435 Missionsärzte, hier nur 18; dort 350 Krankenschwestern, hier 57; dort 400 geschulte Missionare, hier 23; dort 2 Millionen jährlicher Einnahmen, hier nur 150 000 Mark; dort vier Ausbildungsinstitute, — 2 für Missionsmediziner, 1 für Medizinerinnen, 1 für Missionare, — hier ein einziges Institut; dort zwei reichhaltige Bibliotheken, hier erst die Anfänge. Aber zwei günstige Momente sind wieder für uns Deutsche in die Waagschale zu werfen: einmal das Zusammenstreffen der aufsteigenden deutschen ärztlichen Missionsbewegung mit dem epochenmachenden Aufschwung der Tropenmedizin und mit der sich immer mehr bahnbrechenden Verschönerung unserer Kolonien. Die missionsärztliche Tätigkeit sollte aber auch deshalb gesteigert werden, da sie den Ruf der deutschen Wissenschaft beträchtlich erweitert. Die chinesische Regierung z. B. wünscht den medizinischen Unterricht in erster Linie in deutscher Sprache.

Im Norden Chinas, in Tsingtau, ist eine deutsche medizinische Fakultät im Entstehen begriffen, die zunächst aus politischen Erwägungen gegründet wurde. In Shanghai, also Mittelchina, haben wir die kleine deutsche Medizinschule, die vor allem von Handelskreisen unterstützt wird und vor einem Jahr ihre ersten drei Mediziner approbierte. Die drei großen deutschen Missionsgesellschaften Bremen, Basel und Berlin, die im Süden Chinas arbeiten, beschäftigen jetzt der Gedanke, ob ihre kleinen Medizinschulen nicht zu einer leistungsfähigen deutschsprachigen medizinischen Fakultät ausgebaut werden könnten. Schon haben sich mehr als 20 tüchtige Lehrkräfte hierfür gemeldet. Wird das deutsche Volk den Plan in durchschlagender Weise unterstützen?

Schüleraufsätze mit Bildern.

Thema: „Das westfälische Bauernhaus.“

(Der erste preussische Versuch in Bielefeld.)

Die Oberrealschule zu Bielefeld hat in Dr. G. Ost einen Direktor bekommen, der sich immer mehr als moderner Schulmann im besten Sinne des Wortes herausstellt. Das zeigt sich jetzt wieder an einer neuen Veröffentlichung der Schule, die damit als erste in Preußen einen hochinteressanten Versuch macht, der bisher nur in Lübeck und München angestellt worden ist. Es handelt sich um den sogenannten Zeichenaufsatz, einen Aufsatz, dessen durch Worte dargestellten Inhalt der Schüler durch eigene Handzeichnungen veranschaulicht. Schon im Rahmen der Heimatausstellung „Winden-Neuberg im Bilde“ in der Bielefelder Handwerkerschule sahen wir einige Original-Zeichenaufsätze aus der Oberrealschule. Und jetzt gibt der Direktor als Beilage zum Jahresbericht 1914 statt der früher üblichen rein akademischen Abhandlung, einfach zwei sauber im Druck vervielfältigte Zeichenaufsätze von Obersekundanern heraus, denen treffende Einführungs- und Überschriften Dr. W. I. m. a. n. s. vorangestellt sind.

Merkwürdigerweise — stößt diese vernünftige Schullehre hier und da in ihrer näheren Umgebung auf Mißtrauen und Widerstand. Ich glaube aber nicht, daß sie dadurch aufgehalten werden kann. Es wird nichts weiter als der mechanische Widerstand sein, den gewisse beharrliche

Kräfte einfach jeder Neuerung entgegen bringen. Auf jeden Fall wünsche ich dem Direktor, daß er sich dadurch nicht beirren lassen möge; ich glaube bestimmt, daß man seine Auffassungsform sehr bald als das Anerkennen wird, was sie ist: eine begrüßenswerte Tat. Schon der Anfang, der mit dieser Veröffentlichung gemacht worden ist, wirkt so gesund und überzeugend, daß man sich diesem ersten Wollen nicht lange wird entziehen können. Kommt doch gerade das darin so lebendig zum Ausdruck, wonach wir heute alle verlangen: Die Verbindung des jungen Nachwuchses mit der bodenständigen Heimatkultur. Diese Aufsätze behandeln nicht irgendwelche abstrakte Themen, die durch ebenso abstrakte Zeichnungen „erläutert“ werden, sondern sie sind, wie ihre Verfasser selbst, aus der allernächsten Umgebung, aus dem Heimatboden hervorgewachsen. „Das westfälische Bauernhaus“ gab Dr. Wilmanns als Thema. Es kann gerade hier im nordöstlichen Westfalen mit seiner noch sehr lebendigen Bauernhauskultur kaum ein anschaulicheres Thema für den Anfang geben. Und der Lehrer leste sehr verständigerweise die Grundlage zu dem Aufsatz nicht durch eine Besprechung in der Klasse, er ging vielmehr mit seinen Schülern zuerst aufs Land und ließ die Bauernhäuser von außen und innen anschauen. Dann wurde die Frage in der Klasse besprochen, gewissermaßen um das Material zu sichten, und daraus ergab sich die Notwendigkeit einer erneuten Besichtigung. Bei dieser waren die Schüler sich selbst überlassen, konnten zeichnen und schauen, bei den Bewohnern Erkundigungen einziehen über alles, was ihnen wichtig erschien; und auf dieser Grundlage entstanden dann die Zeichenaufsätze. Die Veröffentlichung bringt einen guten und einen mittelmäßigen Aufsatz, weil keine Rekordeleistungen vorgeführt werden sollten. Es ist aber erstaunlich, eine wie verhältnismäßig wertvolle Arbeit selbst der mittlere Aufsatz darstellt. Wie tief steht dagegen der früher übliche Aufsatz über irgend ein allgemeines Thema ohne Beziehungen zum Leben des Schülers. Dabei konnte es ohne Redensarten nicht abgehen, der Schüler sollte etwas sagen und mußte doch nicht recht, was er zog „Quellen“ zu Rate, kam ins Abschreiben, die Arbeit erhielt keinen persönlichen Charakter. Wie ganz anders hier! Einmal schon: es galt, eine lebensvolle Erscheinung inmitten der Natur zu beschreiben, die der Schüler sieht, kennt und studieren kann. Dann aber: das Zeichnen. Das schließt alles oberflächliche Sehen von selber aus, das zwingt, dreimal, zehnmal zu sehen auf jede Kleinigkeit. Und dabei treten Dinge in den Gesichtskreis, die ein flüchtiger Blick überseht, die aber vielleicht als Teil des Ganzen besonders reizvoll sind. Das Sehen wird klar und bestimmt. Mögen die Zeichnungen selbst mehr oder weniger gut gelingen — je sehen und verfaßten lernt der Schüler dabei auf alle Fälle. Und was er so gesehen hat, das wird er auch aus eigenem Heraus beschreiben können. Verschwommene Redensarten werden unmöglich, der Schüler wird klar und anschaulich schreiben lernen. Und das wichtigste: was er so gezeichnet und geschrieben hat, das wird lebendig in ihm fortwirken, als etwas erworbenes im Gegensatz zum angelernten. Er wird es aus der Schule mit ins Leben nehmen, es wird zu seiner Menschwerdung beitragen. Erst wenn die Schule so über sich selbst hinaus in ihren ehemaligen Schülern fortwirkt, kann sie ihre Aufgabe ganz erfüllen.

Der Zeichenaufsatz ist nur ein Schritt auf diesem Wege, aber ein sehr wichtiger. Und daß die Bielefelder Oberrealschule ihn in Preußen zuerst getan hat, das soll ihr und ihrem Direktor unversehrt bleiben.

O. Gr.



In jamm Looß
nimmt man jacht
Hott Looß
Dr. Looß
Palmow
Dia allgamm in balin.
to fflangam Looß
gamm, Damm is is
zum wamm fflangam
Looß, aber viel billiger

di bist zurüd,
enſchen lieben lernen,
mögeſt Gnad.
Gnad.